

Verwaltungsbericht der Fürsorgedirektion = Rapport de gestion de la Direction des œuvres sociales

Autor(en): **Meyer, Kurt / Martignoni, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1983)**

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418015>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht der Fürsorgedirektion

Direktor: Regierungsrat Dr. Kurt Meyer
Stellvertreter:
Regierungsrat Dr. Werner Martignoni

Rapport de gestion de la Direction des œuvres sociales

Directeur: le conseiller d'Etat Kurt Meyer
Suppléant:
le conseiller d'Etat Werner Martignoni

1. Einleitung

1.1 Im Rahmen der Fürsorgeplanung konnten die beiden Teilbereiche Planung von Institutionen für Behinderte und Bekämpfung des Drogenmissbrauchs und seiner Folgen abgeschlossen und zu Beginn des Jahres 1984 dem Regierungsrat zur Genehmigung und Bewilligung der notwendigen Kredite zum Druck der Planungsunterlagen vorgelegt werden.

1.2 In Zusammenarbeit mit dem Verein bernischer Alterseinrichtungen befasst sich die Direktion mit der Ausarbeitung eines Konzeptes für die Ausbildung von Betagtenbetreuerinnen, das nicht überall auf Gegenliebe stösst. Siehe dazu Ziffer 2.3.5.

1.3 Sehr zu schaffen macht der Direktion die Forderung der Regierung, auch auf dem Fürsorgesektor zu sparen. Die Folgen der Rezession beeinflussen das Fürsorgewesen so stark, dass zum Teil von einer «Hochkonjunktur» gesprochen werden kann. So verzeichnen nicht nur die Aufwendungen für Kantonsbürger in andern Kantonen einen Anstieg von über 1 Million Franken (Ziff. 2.2.2), auch die Gemeinden melden eine Erhöhung der Unterstützungsausgaben von mehr als 20 Prozent. Immer mehr Arbeitslose sind ausgesteuert und fallen der Fürsorge anheim. Teilweise werden diese Leute in Arbeitseinsatzprogrammen der Gemeinden beschäftigt, die aus Fürsorgemitteln subventioniert werden. Zudem muss die bis 1986 gültige Altersheimplanung vollzogen werden, will der Staat der beträchtlichen Beiträge aus AHV-Mitteln, die voraussichtlich 1986 versiegen, nicht verlustig gehen. Es werden ausschliesslich Heime subventioniert, die in der Planung enthalten sind. Auf weitere Projekte kann vor 1986 nicht eingetreten werden.

2. Berichte der Abteilungen

2.1 Direktionssekretariat

2.1.1 Personelles

Im Berichtsjahr verliessen vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Direktion und drei traten in ihren Dienst. Nach 38 Jahren

1. Introduction

1.1 Dans la planification des œuvres sociales, les deux secteurs partiels de la planification d'institutions pour handicapés et de la lutte contre l'abus de la drogue et ses conséquences ont pu être mis sous toit et, au début de 1984, présentés au Conseil-exécutif pour approbation et allocation des crédits nécessaires à l'impression du dossier.

1.2 De concert avec l'Association des institutions bernoises en faveur des personnes âgées, la Direction s'occupe de l'élaboration d'un plan de formation d'encadrantes de personnes âgées qui n'a pas reçu partout un accueil favorable. Voir chiffre 2.3.5.

1.3 Gros sujet de préoccupation pour la Direction: le Gouvernement exige des économies dans le secteur des œuvres sociales également. Les conséquences de la récession influent si profondément sur les œuvres sociales qu'on peut parler quasiment d'une «haute conjoncture». Ainsi, non seulement les dépenses pour les ressortissants bernois dans d'autres cantons enregistrent une augmentation supérieure au million (ch. 2.2.2), les communes aussi signalent une augmentation de plus de 20 pour cent de leurs dépenses d'assistance. Des chômeurs de plus en plus nombreux n'ont plus droit à leurs indemnités et tombent à la charge de l'assistance. Des programmes d'occupation, subventionnés par des ressources des œuvres sociales, permettent à une partie d'entre eux d'exercer une activité professionnelle.

A cela s'ajoute que la planification des foyers pour personnes âgées qui porte jusqu'en 1986 doit être réalisée si l'Etat ne veut pas se voir privé des subventions considérables provenant des fonds AVS et qui seront tarées en 1986. Seuls seront subventionnés les foyers incorporés dans la planification. On ne pourra pas entrer en matière sur des projets nouveaux avant 1986.

2. Rapports des divers services

2.1 Secrétariat de Direction

2.1.1 Personnel

Au cours de l'exercice, quatre collaboratrices et collaborateurs ont quitté la Direction; trois autres sont entrés à son

liess sich der Rechnungsführer Helmut Wyss vorzeitig in den Ruhestand versetzen. Seine vorzügliche Arbeit wurde ihm gebührend verdankt. Aus dem Staatsdienst schieden unter Verdankung der geleisteten Dienste aus: Esther Wyssen, Ulrich Schwendimann und Paul Schindler. Als neue Mitarbeiterinnen und als neuer Mitarbeiter konnten begrüsst werden: Maj Jäggi und Helmut Frank (Rechnungsführer) beim Direktionssekretariat sowie Greti Trösch beim Fürsorgeinspektorat. Ohne die staatlichen Heime zählte die Direktion Ende des Berichtsjahres 44 Personen (Vorjahr 45).

2.1.2 Kantonale Kommissionen

Die kantonale Fürsorgekommission befasste sich in neun Sitzungen mit 43 Geschäften. Sie genehmigte ferner die Planung über Institutionen für Behinderte zuhanden des Regierungsrates und diskutierte das überarbeitete Richtprogramm für die Planung neuer Altersheime Typ D und die allgemeine Tarifpolitik in den Heimen. Neu in die Kommission wurde Martin Meinen, Lehrer, Hondrich, gewählt, wo er den plötzlich verstorbenen Regierungsstatthalter Hans Zuber ersetzt, dessen grosse Verdienste um das bernische Fürsorgewesen auch an dieser Stelle verdankt werden.

Die kantonale Kommission zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs nahm an vier Sitzungen Stellung zur Frage der Methadon-Abgabe und zur Ausarbeitung von Anstellungsrichtlinien für Mitarbeiter von Jugend- und Drogenberatungsstellen. Sie befasste sich mit der Überarbeitung der Richtlinien für Jugend- und Drogenberatungsstellen und begutachtete das Schulprojekt der Stiftung «Contact-Bern».

In der Kommission wurde der zum Oberrichter gewählte Roland Schärer durch Gerichtspräsident Peter Reusser ersetzt. Erika Hostettler, Adjunktin beim Jugendgericht Emmental-Oberaargau, Burgdorf, und Adrian Muff, leitender Mitarbeiter der Aebi-Hus-Organisation, Leubringen, besetzten zwei seit Ende des Vorjahres vakante Stellen.

Die kantonale Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus trat zu drei Sitzungen zusammen. Sie bereinigte die von Arbeitsgruppen vorbereiteten Richtlinien über Anforderungsprofile für Stellenbewerber für Beratungsstellen für Alkoholgefährdete und Sozialmedizinische Dienste sowie über Anstellungsbedingungen für Mitarbeiter der erwähnten Stellen und Dienste. Sie diskutierte den Entwurf eines neuen Reglements für die Kommission, das sie der Direktion zu beantragen gedenkt. Sie befasste sich auch mit Werbung für Alkohol auf öffentlichem Grund sowie Alkohol am Arbeitsplatz. Neu in die Kommission wurden gewählt: Beat Bigler, Direktor der Anstalten St. Johannsen, Le Landeron, Monique Chausse, Corgémont, Erika Haltmeyer, Mitarbeiterin der Frauenzentrale des Kantons Bern, Bern, Urs Siegfried, Mitglied des Leiterteams der Heilstätte Wysshölzli, Herzogenbuchsee, sowie Therese Hügli-Jeger, Brislach. Sie ersetzen fünf auf Ende des Vorjahres ausgeschiedene Mitglieder.

2.1.3 Bekämpfung des Alkoholismus

Für die Vorsorgestelle Biel wählte der Verband bernischer Fürsorgestellen und Heilstätten nach Rücksprache mit der Direktion Marc Dinichert, lic. phil., und Martin Geiser, Primarlehrer, mit einem Beschäftigungsgrad von je 75 Prozent als Vorsorger. Dinichert wird die Region Biel-Seeland und Geiser den Berner Jura und die französischsprachige Bevölkerung der Stadt Biel betreuen. Mit diesen Wahlen konnten einerseits der erkrankte Stellenleiter Jacques Naegeli entlastet und ander-

service. Après 38 ans d'activité, Helmut Wyss, comptable, a pris une retraite prématurée. Son excellent travail lui a valu des remerciements mérités. Ont quitté le service de l'Etat avec remerciements pour les services rendus Esther Wyssen, Ulrich Schwendimann et Paul Schindler. Nouvelles collaboratrices et nouveau collaborateur: Maj Jäggi et Helmut Frank (comptable) au Secrétariat de Direction et Greti Trösch à l'inspection. A fin 1983, la Direction comptait 44 personnes (45 en 1982) sans le personnel des institutions cantonales.

2.1.2 Commissions cantonales

La Commission cantonale des œuvres sociales a traité 43 affaires au cours de neuf séances. Elle a approuvé à l'intention du Conseil-exécutif la planification d'institutions pour handicapés, discuté du programme-cadre des locaux relatif à la planification de nouveaux foyers de type D pour personnes âgées et de la politique générale en matière de tarifs des institutions. M. Martin Meinen, instituteur à Hondrich, a été élu à la commission pour succéder au préfet Hans Zuber décédé subitement que nous remercions ici des précieux services rendus aux œuvres sociales.

La Commission cantonale de lutte contre l'abus de la drogue s'est prononcée lors de 4 séances sur la question de la remise de méthadone et l'élaboration de directives en matière d'engagement de collaborateurs dans les services de consultation pour la jeunesse et les toxicomanes. Elle s'est occupée du remaniement des directives sur les services de consultation pour la jeunesse et les toxicomanes et a examiné le projet scolaire de la Fondation «Contact-Bern».

M. Roland Schärer, élu juge à la Cour suprême, a été remplacé à la Commission par M. Peter Reusser, président de Tribunal. Erika Hostettler, adjointe au Tribunal des mineurs d'Emmenthal-Haute-Argovie, Berthoud, et Adrian Muff, collaborateur responsable de l'organisation Aebi-Hus à Evilard, occupent désormais deux places, vacantes depuis la fin 1982.

La Commission cantonale de lutte contre l'alcoolisme s'est réunie trois fois. Elle a mis au point les directives préparées par des groupes de travail sur les qualités exigées des candidats aux services de consultation pour personnes menacées d'alcoolisme et services médico-sociaux ainsi que sur les conditions d'engagement de collaborateurs aspirant à ces emplois. Elle a discuté en outre du projet de nouveau règlement de la Commission qu'elle envisage de proposer à la Direction et s'est aussi occupée des questions de publicité pour l'alcool sur le domaine public et de l'alcool à l'emplacement de travail. Ont été élus à la Commission: Beat Bigler, directeur des établissements de St-Jean du Landeron; Monique Chausse, de Corgémont; Erika Haltmeyer, collaboratrice de la «Frauenzentrale» du canton de Berne (organisation féminine d'aide et d'information), Berne; Urs Siegfried, membre de l'équipe responsable de la maison de cure du «Wysshölzli», Herzogenbuchsee, et Therese Hügli-Jeger, Brislach. Ces membres succèdent à cinq démissionnaires.

2.1.3 Lutte contre l'alcoolisme

Pour le service de prévention de Bienne, l'Association bernoise des services médico-sociaux et des maisons de cure pour alcooliques a élu, après contact avec la Direction, Marc Dinichert, licencié en philosophie, et Martin Geiser, instituteur, préposés à la prévention avec un degré d'occupation de 75 pour cent. M. Dinichert s'est vu confier la région de Bienne et le Seeland, M. Geiser le Jura bernois et la population francophone bernoise. Ces élections ont permis de décharger

seits der schon lange notwendige Ausbau der Vorsorgetätigkeit im Berner Jura realisiert werden.

Verschiedene Beratungsstellen für Alkoholgefährdete haben durch vertragliche Regelung mit Ärzten ihren Tätigkeitsbereich ausgeweitet und sich als «Sozialmedizinische Dienste» etabliert.

Finanzielle Schwierigkeiten, hervorgerufen durch den Rückgang der Zuwendungen aus dem Reinertrag des Bundes für gebranntes Wasser, legen der Direktion Zurückhaltung in der Bewilligung zusätzlicher Beiträge für den personellen Ausbau von Beratungsstellen für Alkoholgefährdete auf. Entsprechende Gesuche wurden von Thun, Interlaken und Nidau eingereicht, von denen vorläufig nur dasjenige von Thun, das die Erweiterung um eine halbe Stelle beinhaltet, bewilligt werden konnte. Die Errichtung eines Sozialdienstes im Amt Schwarzenburg, in dem auch die halbe Stelle eines Alkoholfürsorgers hätte eingebaut werden sollen, fand in den Gemeinden des Amtsbezirkes nicht die notwendige Unterstützung. Das Amt Schwarzenburg wird im Bereich der Bekämpfung des Alkoholismus weiterhin vom Alkoholfürsorger des Amtes Seftigen betreut.

In der Heilstätte «Wysshölzli», Herzogenbuchsee, konnten die baulichen Sofortmassnahmen abgeschlossen werden. Für die Heilstätte Kirchlindach liegt ein entsprechendes Massnahmenpaket vor, das nunmehr dem Regierungsrat zur Beschlussfassung unterbreitet werden kann. Für beide Bauten sind Bundesbeiträge zu erwarten.

Mit der Gründung des Vereins Wohn- und Übergangshaus Thun und dem Abschluss eines Mieta-Kaufrechtsvertrages für eine geeignete Liegenschaft ist das Wohn- und Übergangshaus für Suchtgefährdete in Thun Tatsache geworden. Im Berichtsjahr konnte das notwendige Personal gewählt werden, so dass der Betriebseröffnung im Jahre 1984 nichts mehr im Wege steht.

Die Suche nach einer Liegenschaft für die Errichtung einer Abklärungsstation für Alkoholiker wird vorläufig eingestellt. Im Schosse des Trägervereins werden Alternativlösungen diskutiert.

Für die Bekämpfung des Alkoholismus verausgabten die Gemeinden im Jahre 1982 (die Zahlen für das Berichtsjahr liegen erst Mitte 1984 vor) insgesamt 2 106 913 Franken, das sind 20,15 Prozent mehr als im Vorjahr, als die Ausgaben 1 753 637 Franken betragen. Aus dem Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus wurden zusätzliche rund 2,08 Millionen Franken verausgabt. Zusammen mit den Aufwendungen von 654 000 Franken für die Vorsorgestellen und die rund 1,4 Millionen Franken für die Heilstätten und Wohnheime ergibt sich für die Bekämpfung des Alkoholismus ein direkter Staatsaufwand von 4,1 Millionen Franken.

M. Jacques Naegeli, directeur du service, malade, et de réajuster l'extension, nécessaire depuis longtemps, de la prévention dans le Jura bernois.

Plusieurs services de consultation pour personnes menacées d'alcoolisme ont élargi leur champ d'activité grâce à une réglementation contractuelle d'entente avec le corps médical et se sont installés en tant que «services médico-sociaux».

Des difficultés financières, survenues après la diminution des subventions provenant des recettes fédérales sur l'alcool, imposent à la Direction une réserve dans l'octroi de contributions supplémentaires pour l'extension en personnel de services de consultation destinés aux personnes menacées d'alcoolisme. Des demandes lui sont parvenues dans ce sens de Thoune, Interlaken et Nidau. Pour le moment, seule la requête de Thoune, qui prévoit un emploi supplémentaire à mi-temps, a pu être admise. L'organisation d'un service social dans le district de Schwarzenburg, où l'on aurait dû créer aussi un poste à mi-temps pour un préposé à la prévention, n'a pas recueilli l'appui nécessaire des communes du district. Dans le domaine de la lutte contre l'alcoolisme, le district de Schwarzenburg se verra confié comme jusqu'ici au préposé du district de Seftigen.

A la maison de cure du «Wysshölzli» de Herzogenbuchsee, les mesures immédiates de construction ont pu être réalisées. Pour Kirchlindach, il existe un ensemble de mesures qu'il reste à soumettre au Conseil-exécutif pour décision. Les deux constructions devraient bénéficier de subventions fédérales.

Du fait de la fondation de l'Association du foyer d'habitation et de passage de Thoune et la conclusion d'un contrat de location-vente pour une propriété appropriée, le foyer d'habitation et de passage pour personnes menacées de toxicomanie est devenu réalité. Au cours de l'exercice, le personnel nécessaire a pu être nommé; rien ne s'oppose donc plus à l'exploitation dès 1984.

Les recherches pour trouver une propriété destinée à un centre d'examen pour alcooliques ont été abandonnées pour l'instant. L'association responsable discute de solutions de remplacement.

En 1982 (les chiffres relatifs à 1983 ne seront disponibles qu'au milieu de 1984), les communes ont dépensé 2 106 913 francs au total pour la lutte contre l'alcoolisme, soit 20,15 pour cent de plus qu'en 1981 (1 753 637 fr.). Le fonds de lutte contre l'alcoolisme a fourni en outre 2,08 millions de francs. En y ajoutant les dépenses nécessitées par les quatre centres de prévention, soit 543 000 francs, de même que celles consacrées aux maisons de cure et foyers d'habitation d'un montant de 1,4 millions de francs, on obtient une dépense de l'Etat se chiffrant à 4,1 millions de francs.

Tabelle 1 – Verwendung des Anteils am Reinertrag des eidg. Alkoholmonopols

Tableau 1 – Utilisation de la part du produit net du monopole fédéral de l'alcool

	Fr.	
1. Förderung der Bekämpfung des Alkoholismus im allgemeinen	829 211.60	1. Encouragement à la lutte contre l'alcoolisme en général
2. Aufklärung des Volkes über zweckmässige Ernährung und über Gefahren des Alkoholismus, Unterstützung von Forschungen über Alkoholschädigungen, Förderung von Gemeindestuben, Volksbibliotheken, Leseräumen, Jugendheimen und ähnlichen volkserzieherischen Bestrebungen	62 660.75	2. Information de la population sur une alimentation rationnelle et les dangers dus à l'alcoolisme, soutien des recherches sur les ravages de l'alcool, encouragement à la création de foyers et bibliothèques populaires, de salles de lecture, de homes pour jeunes gens et participation aux efforts en matière d'éducation populaire
3. Unterstützung von Trinkerfürsorgestellen sowie von Trinkerheilanstalten, Unterbringung von Alkoholkranken in Heilstätten, Heimen sowie Heil- und Pflegeanstalten	1 180 259.60	3. Soutien de dispensaires antialcooliques et d'établissements pour buveurs, internement d'alcooliques dans des asiles, homes et maisons de santé
4. Unterstützung von privaten Anstalten und Institutionen, welche alkoholgefährdete oder alkoholgeschädigte Personen aufnehmen	5 000.–	4. Soutien d'établissements privés et d'institutions accueillant des personnes exposées aux dangers de l'alcoolisme ou des alcooliques
Total	2 077 131.95	Total

2.1.4 *Bekämpfung des Drogenmissbrauchs*

Der Ausbau der Drogenberatungsstelle Drop-In in Biel um 0,85 Stellen trägt dem Problem der zunehmenden Drogensucht in der Stadt Biel Rechnung. Im Rahmen des polyvalenten Sozialdienstes im Berner Jura sind die Vorarbeiten für die Schaffung einer Beratungsstelle für Drogenabhängige im Gange. Im Frühjahr erfolgte die Eröffnung eines Wärchlädels in Thun, wo eineinhalb Mitarbeiter sechs Jugendliche betreuen können.

Am 27. September erfolgte die Errichtung der Stiftung «Contact-Bern» durch 23 dem Verein für die Zusammenarbeit in der Region Bern (Regionalverband) angehörende Gemeinden. Der Staat Bern ist durch zwei Staatsvertreter in der Stiftung vertreten. Die Übergabe der Geschäfte von der Fürsorgedirektion der Stadt Bern an die Stiftung wurde auf den 1. Januar 1984 festgesetzt. Nachdem das Verwaltungsgericht die gegen die Zweckänderung der Liegenschaft Stadtbachstrasse 36 in Bern erhobenen Einsprachen schützte, verbleibt das «Contact-Bern» vorläufig noch an der Laupenstrasse 49.

Im Berichtsjahr reichten die Wohngemeinschaften für Drogenabhängige Felsenburg (Lotzwil), Samachja (Pieterlen) und Mettleneggen (Wattenwil) Gesuche um die Erteilung von Betriebsbewilligungen ein. Mit der Erteilung einer solchen Bewilligung ist keineswegs automatisch eine Subventionierung durch den Staat oder eine Gemeinde verbunden. Die Bewilligung muss erteilt werden, wenn die Institutionen die Voraussetzungen der Verordnung vom 18. September 1973 über die gewerbmässige Pflege von Betagten und Behinderten in Heimen und Familien erfüllt.

Der im Vorjahresbericht angekündigte Verkauf der Liegenschaft Les Pagrès in Courtelary ist im Berichtsjahr zustande gekommen. Die Mittel sind für die Mitfinanzierung der Liegenschaft La Bise-Noire in La Cibourg, Gemeinde La Ferrière, bestimmt, für die bauliche Anpassungsarbeiten bevorstehen. Bauliche Massnahmen sind ebenfalls notwendig in der Wohngemeinschaft Brittermatt in Rüegsbach sowie in der Wohngemeinschaft Rüdli in Wimmis.

Die Entwicklung des Platzangebots der Einrichtungen zur Bekämpfung der Drogensucht zeigt folgendes Bild: Im Jahre 1977 standen insgesamt 69 Plätze in Wohngemeinschaften der Stufe I (für Drogensüchtige im Internat) und der Stufe II (für Drogenabhängige, die nach einer Eintrittsphase einer externen Beschäftigung nachgehen können) zur Verfügung.

1980 eröffnete die Psychiatrische Universitätsklinik Waldau Bern eine Suchtabteilung mit zwölf Plätzen für den körperlichen Entzug Drogensüchtiger. In diesem Jahr betrug das Platzangebot aller Stufen 109 Plätze. Im Berichtsjahr erhöhte sich die Platzzahl auf 125. Die Platzbelegung betrug die Jahre hindurch 75 bis 85 Prozent.

Im Durchschnitt entfallen auf alle Betreuten in den verschiedenen stationären Einrichtungen lediglich 50 Prozent Berner. Aus diesem Grunde und auch aus finanziellen Erwägungen übt die Direktion Zurückhaltung in der Anerkennung der Beitragsberechtigung neuer Einrichtungen. Es kann nicht Aufgabe des Kantons Bern sein, zusätzliche Plätze für andere Kantone zu schaffen.

Die Abteilung für wissenschaftliche Auswertung, die administrativ der Gesundheitsdirektion untersteht, aber auch für die Direktion tätig ist, hat die im letzten Bericht erwähnte Studie über die Wohngemeinschaft «Sonnegg» in Heiligenschwendli abgeschlossen. Aufgrund ihres Berichtes konnte die Wohngemeinschaft als vorläufig letzte ihrer Art als beitragsberechtigt anerkannt werden. Sie wird zehn Jugendlichen Unterkunft bieten, denen sechs Betreuer zur Seite stehen.

Die Direktion bemüht sich sehr darum, ihre Mittel zur Bekämpfung der Drogensucht nur solchen Institutionen zur Verfügung zu stellen, die sich über einwandfreie Arbeit auf dem Drogen-sektor ausweisen können. Aus diesem Grunde lässt sie durch die Abteilung für wissenschaftliche Auswertung zusätzlich

2.1.4 *Lutte contre l'abus de la drogue*

L'extension – à raison d'un poste supplémentaire à 85 pour cent – du service de consultation pour toxicomanes «Drop-In» de Bienne répond à la recrudescence de la toxicomanie dans cette ville. Dans le cadre du service social polyvalent du Jura bernois, les travaux préliminaires à la création d'un service de consultation pour toxicomanes sont en cours. Au printemps on a mis en service un «Wärchlädli» à Thoune; six jeunes gens peuvent y être encadrés par 1½ collaborateurs.

Le 27 septembre, la Fondation «Contact-Bern» a été créée par 23 des communes affiliées à l'association pour une collaboration dans la région de Berne (fédération régionale). Le canton de Berne y est représenté par deux délégués de l'Etat. La passation des pouvoirs entre la Direction des œuvres sociales de la Ville de Berne et la fondation elle-même a été fixée au 1^{er} janvier 1984. Le Tribunal administratif ayant admis les objections élevées contre le changement d'affectation de l'immeuble de la Stadtbachstrasse 36 à Berne, «Contact-Bern» reste pour l'instant au 49 de la Laupenstrasse.

Durant l'exercice, les communautés d'habitation pour toxicomanes de Felsenberg (Lotzwil), Samachja (Perles) et Mettleneggen (Wattenwil) ont déposé des requêtes sollicitant l'autorisation d'exploiter. L'octroi d'une telle autorisation doit être acceptée lorsque l'institution satisfait aux conditions de l'ordonnance du 18 septembre 1973 concernant les soins donnés à titre professionnel dans des foyers et des familles à des personnes âgées ou handicapées.

Annoncée dans le rapport de gestion de l'an dernier, la vente de l'immeuble des Pagrès à Courtelary a trouvé son épilogue en 1983. Le produit en sera affecté au cofinancement de la propriété de La Bise-Noire à La Cibourg, commune de La Ferrière, où des travaux d'adaptation sont prévus prochainement. Des mesures en matière de construction sont également nécessaires à la communauté d'habitation de Brittermatt à Rüegsbach et à celle de Rüdli à Wimmis.

L'évolution de l'offre de places en institutions pour la lutte contre la toxicomanie présente l'image suivante: En 1977, le nombre total de places disponibles en communautés d'habitation du 1^{er} degré (pour toxicomanes en internat) et du 2^e degré (pour personnes dépendant de la drogue en mesure de se consacrer à une activité externe après une phase d'entrée) s'élevait à 69.

En 1980, la clinique psychiatrique universitaire de la Waldau de Berne a ouvert une division pour toxicomanes avec douze places pour la désintoxication physique de drogués. Cette année-là, l'offre de places s'élevait à 109 pour tous les degrés.

Au cours de l'exercice, le nombre de places a passé à 125. Le taux d'occupation a oscillé au cours de ces années entre 75 et 85 pour cent.

En moyenne, le nombre total de Bernois encadrés dans les diverses institutions stationnaires n'est que de 50 pour cent. Pour cette raison et pour d'autres encore, dues à des considérations financières, la Direction demeure réservée quant à la reconnaissance du droit à la subvention pour de nouvelles institutions. Ce n'est pas le devoir du canton de Berne de créer des places supplémentaires en faveur d'autres cantons.

Le service d'évaluation scientifique, qui administrativement dépend de la Direction de l'hygiène publique mais travaille également pour la Direction des œuvres sociales, a terminé l'étude dont il est question dans le dernier rapport de gestion sur la communauté d'habitation «Sonnegg» de Heiligenschwendli. Du fait de ce rapport, la communauté a pu être reconnue pour l'instant comme dernière du genre à pouvoir bénéficier d'une subvention. Elle accueillera dix adolescents, confiés à six encadrants.

La Direction s'efforce de mettre ses ressources pour la lutte contre la toxicomanie uniquement à la disposition des institu-

sechs vorläufig erst provisorisch als beitragsberechtigt anerkannte Wohngemeinschaften überprüfen. Die Untersuchung wird rund neun Monate in Anspruch nehmen. Für die Bekämpfung der Drogensucht wurden im Berichtsjahr 2 877 782.70 Franken benötigt.

An sechs regionalen Zusammenkünften mit Staatsanwälten, Gerichts- und Jugendgerichtspräsidenten, Mitarbeitern der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug sowie des Schutzaufsichtsamtes der kantonalen Polizeidirektion und Institutionen zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs wurde die Frage der Zusammenarbeit zwischen gerichtlichen Instanzen und therapeutischen Einrichtungen besprochen. Die Form der Zusammenarbeit wurde in sechs Dokumenten festgehalten.

Seit dem Jahre 1970 wurden im Grossen Rat durch insgesamt 14 Vorstösse verschiedene Massnahmen zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs gefordert. Aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen und der Aufträge des Parlamentes hat die Direktion in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen der Polizei-, der Justiz-, der Erziehungs- und der Gesundheitsdirektion sowie der kantonalen Kommission zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs das Konzept «Teilbereich Bekämpfung des Drogenmissbrauchs und seiner Folgen» erarbeitet. Wie unter Ziffer 1.1 bereits dargelegt, ist es nunmehr entscheidungsreif.

2.1.5 *Gesundheitserziehung*

In die Aufgabe einer umfassenden Prävention teilen sich verschiedene Direktionen des Regierungsrates (Polizeidirektion: Unfallverhütung, Verbrechensvorbeugung; Volkswirtschaftsdirektion: Lebensmittelkontrolle, Lufthygiene, Giftinspektorat; Erziehungsdirektion: Schulzahnärztlicher Dienst, schulische Gesundheitserziehung). Die Direktion befasst sich zusammen mit der Gesundheitsdirektion mit nichtschulischer Gesundheitserziehung und mit präventivmedizinischen Massnahmen. Da sich das Direktionssekretariat der Direktion mit den Massnahmen zur Suchtprophylaxe zu befassen hat, wurde ihm auch die nichtschulische Gesundheitserziehung zugeteilt.

Die Subkommission Gesundheitserziehung hat sich an dreizehn Sitzungen mit gesundheitserzieherischen Fragen befasst und insbesondere eine umfassende Konzeption zur nichtschulischen Gesundheitserziehung in Angriff genommen.

Aufgrund der Resultate eines im Jahre 1982 durchgeführten Hearings zu Fragen des Alkohols am Arbeitsplatz konnten Vorarbeiten zu einem entsprechenden Massnahmenpaket getroffen werden. Ferner ist die Planung gesundheitserzieherischer Massnahmen im Bereich der Mütter- und Elternberatung im Gange, die auch die Herausgabe einer Elterninformationsschrift beinhalten.

In den Jahren 1979 und 1982 richtete die Direktion an alle bernischen Gemeinden ein Empfehlungsschreiben, auf die Werbung für Alkohol und Raucherwaren an öffentlichen Anschlagstellen zu verzichten. Dieses Schreiben hat ein lebhaftes Echo gefunden. Das Resultat des Rundschreibens, auf das zahlreiche positive und negative Reaktionen eingegangen sind, soll nun ausgewertet und tabellarisch festgehalten werden.

2.1.6 *Rechtsdienst*

Die Rechtsabteilung gehört administrativ zur Gesundheitsdirektion, steht aber in Rechtsfragen auch der Direktion zur Verfügung.

Die von ihr neu gefasste Verordnung über Schulungskostenbeiträge für in Heimen und Krankenanstalten untergebrachte

tions capables de faire la preuve d'un travail sans défaut dans ce secteur. C'est pour cette raison qu'elle fait examiner en outre par le service d'évaluation scientifique six communautés d'habitation ne disposant pour l'instant que d'une reconnaissance provisoire du droit à la subvention. Cet examen s'étendra sur environ six mois. Durant l'exercice, la lutte contre la toxicomanie a coûté 2 877 782 francs 70.

Au cours de six rencontres régionales réunissant avocats, présidents de tribunaux et de tribunaux des mineurs, collaborateurs de la section pour l'exécution des peines et des mesures et de l'Office du patronage de la Direction de la police cantonale et institutions de lutte contre l'abus de la drogue, on a discuté de la collaboration entre les autorités judiciaires et les institutions thérapeutiques. La forme de cette coopération a été consignée dans six documents.

Depuis 1970, 14 interventions au Grand Conseil ont réclamé diverses mesures pour lutter contre l'abus de la drogue. En vertu des dispositions légales et des mandats donnés par le Parlement, la Direction, coopérant avec les services compétents des Directions de la police, de la justice, de l'instruction publique et de l'hygiène publique ainsi qu'avec la Commission cantonale de lutte contre l'abus de la drogue, a élaboré le plan intitulé «Secteur partiel de la lutte contre l'abus de la drogue et ses conséquences». Comme déjà mentionné au chiffre 1.1, ce plan n'attend plus que sa ratification.

2.1.5 *Education en matière de santé*

Diverses Directions du Conseil-exécutif se partagent la tâche d'une prévention globale (Direction de la police: prévention des accidents, prévention des délits; Direction de l'économie publique: contrôle des denrées alimentaires, hygiène de l'air, inspection des toxiques; Direction de l'instruction publique: service dentaire scolaire, éducation scolaire en matière de santé). Notre Direction s'occupe, en collaboration avec la Direction de l'hygiène publique, de l'éducation sanitaire non scolaire ainsi que de mesures de médecine préventive. Comme le Secrétariat de Direction de notre Direction est chargé des mesures de prophylaxie des produits engendrant la dépendance, on lui a confié également l'éducation sanitaire non scolaire.

La sous-commission d'éducation sanitaire s'est occupée, au cours de treize séances, de questions d'éducation sanitaire et s'est attaquée en particulier à une conception globale en matière d'éducation sanitaire non scolaire.

En se fondant sur les résultats d'une séance convoquée en 1982 sur le thème de l'alcool au poste de travail, des travaux préliminaires ont pu être accomplis en vue d'un ensemble de mesures adéquates. En outre, la planification de mesures relatives à l'éducation sanitaire dans le domaine de l'information des mères et parents est en cours. Elle comprend également l'édition d'une revue d'information à l'usage des parents.

En 1979 et 1982, la Direction a adressé à toutes les communes bernoises un avis les invitant à renoncer à la publicité en faveur de l'alcool et du tabac sur les emplacements réservés à l'affichage public. Cette circulaire a rencontré un très large écho et éveillé de nombreuses réactions positives et négatives. Il reste à procéder au dépouillement et à en consigner les résultats sous forme de tableaux.

2.1.6 *Service juridique*

Il relève administrativement de la Direction de l'hygiène publique, mais est aussi à la disposition de la Direction pour les questions de droit.

La nouvelle ordonnance rédigée par ses soins sur les contributions aux frais d'instruction d'enfants placés dans des

und für behinderte Kinder sowie eine Revision der Verordnung vom 22. Dezember 1971 über den Staatsbeitrag für behinderte Kinder wurden am 6. April vom Regierungsrat verabschiedet.

Wegen Meinungsverschiedenheiten unter Fachleuten in bezug auf die Abgabe von Methadon und ähnlichen Präparaten konnte die im Bericht des Vorjahres in Aussicht gestellte Verabschiedung der Betäubungsmittelverordnung im Berichtsjahr nicht vorgenommen werden. Eine spezielle Arbeitsgruppe muss vorerst noch Grundlagen für den Erlass der in der Verordnung vorgesehenen Richtlinien erarbeiten. Die Angabe eines verbindlichen Termins für die Verabschiedung der Verordnung ist unter diesen Umständen nicht möglich.

In Angriff genommen wurden ferner die Vorarbeiten für die Revision der Fürsorgegesetzgebung. Nebst der zurzeit aktuellen Zielsetzung einer frühzeitigen Kosteneindämmung im Fürsorgewesen, soll mit der Überarbeitung einzelner Fürsorgeerlasse auch der Veränderung von Schwerpunkten in der Fürsorgetätigkeit Rechnung getragen werden.

2.2 Fürsorgeabteilung

2.2.1 Allgemeines

Die andauernde Ganz- und Teilarbeitslosigkeit wirkt sich auf die Zahl der Unterstützungsfälle aus. Sie hat im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen. Die meisten Unterstützungsanzeigen stammen aus dem Kanton Zürich.

2.2.2 Fürsorge des Staates für Kantonsbürger

(Bundesgesetz vom 24. 6. 1977 über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger; Art. 78 Abs. 1 des Gesetzes vom 3. 12. 1961 über das Fürsorgewesen)

Gegenüber dem Vorjahr haben die Unterstützungsfälle um 122 und die Bruttoausgaben um 1089 955 Franken zugenommen, was unverhältnismässig hoch ist. Dieser starke Anstieg hat folgende Gründe:

- Die Unterstützungsfälle werden nicht nur komplizierter, sie werden auch viel teurer.
- Die Mobilität ermöglicht es dem Bedürftigen, über längere Zeit keinen Unterstützungswohnsitz zu begründen; er reist ständig herum, so dass der Heimatkanton für die Unterstützung immer voll aufzukommen hat.
- Die Unterstützungsbedürftigkeit zufolge Suchtkrankheit nimmt zu, und immer häufiger sind Transport- und Spitalkosten zu übernehmen, weil eine Krankenversicherung fehlt.

2.2.2.1 «Heimkehrer»

(Art. 77 des Gesetzes vom 3. 12. 1961 über das Fürsorgewesen)

Im Berichtsjahr sind 21 Personen (Vorjahr 19) aus dem Ausland in den Kanton Bern zurückgekehrt. Sieben erwachsene Personen und sechs Kinder kamen aus Oststaaten, mit dem Wunsch, in der Schweiz eine neue Existenz aufzubauen, was zurzeit sehr schwer halten wird. In der Regel handelt es sich aber um Arbeitswillige, was die Eingliederung wesentlich erleichtert. Neben diesen 13 Personen flog noch ein Ehepaar mit vier Kindern aus Australien ein. Bei den zwei andern han-

foyers ou dans des établissements hospitaliers et d'enfants handicapés, ainsi qu'une révision de l'ordonnance du 22 décembre 1971 concernant la contribution cantonale pour enfants handicapés, ont été approuvées par le Conseil-exécutif le 6 avril.

A la suite de divergences d'opinion entre spécialistes quant à la remise de méthadone et autres préparations similaires, l'approbation de l'ordonnance sur les stupéfiants prévue dans le dernier rapport de gestion n'a pu avoir lieu. Un groupe de travail spécial devra auparavant mettre au point des éléments fondamentaux pour la publication des directives prévues dans l'ordonnance. Dans ces conditions, on ne peut fixer une date pour l'approbation de ladite ordonnance.

On s'est attaqué aux travaux préparatoires à la révision de la législation en matière d'œuvres sociales. Outre l'objectif actuel, soit l'endiguement à temps des coûts de l'assistance, il conviendrait également de prendre en considération, dans le remaniement de certains textes légaux, la modification de points majeurs de l'activité sur le plan de la prévoyance sociale.

2.2 Service de prévoyance sociale

2.2.1 Généralités

Le chômage total et partiel persistant se répercute sur le nombre des cas d'assistance, qui a nettement augmenté par rapport à l'année précédente. La plupart des avis d'assistance provenaient de Zurich.

2.2.2 Assistance de l'Etat aux ressortissants du canton

(Loi fédérale du 24 juin 1977 sur la compétence en matière d'assistance des personnes dans le besoin/LFA; art. 78, 1^{er} al. de la loi du 3 décembre 1961 sur les œuvres sociales/LOS). Comparativement à 1982, les cas d'assistance ont augmenté de 122 et les dépenses brutes de 1089 955 francs, ce qui constitue une flagrante disproportion. Cet important accroissement ne peut s'expliquer que par les raisons ci-après:

- les cas d'assistance non seulement se compliquent, mais coûtent plus cher;
- la liberté de pouvoir se déplacer sans entrave laisse toute latitude à la personne dans le besoin de ne se constituer aucun domicile d'assistance durant un laps de temps assez long. Elle «court constamment le pays», de sorte que le canton d'origine se voit contraint de prendre en charge les frais d'assistance à 100 pour cent.
- les cas d'assistance à la suite de toxicomanie augmentent et de plus en plus souvent il faut supporter les frais de transport et d'hôpital, l'assurance-maladie faisant défaut.

2.2.2.1 Bernois revenus dans leur canton

(Art. 77 de la loi du 3 décembre 1961 sur les œuvres sociales/LOS)

Au cours du présent exercice, 21 personnes (19 en 1982) sont revenues de l'étranger pour regagner le canton de Berne. Sept adultes et six enfants sont arrivés de pays de l'Est, espérant vivement se constituer une nouvelle existence en Suisse, ce qui pour le moment ne sera pas chose aisée. Il s'agit en général de personnes travailleuses, ce qui facilite considérablement leur intégration. Outre ces 13 personnes, un couple est arrivé d'Australie avec ses quatre enfants. Quant aux deux autres

delt es sich um ältere und kranke Einzelpersonen, die hier ihren Lebensabend verbringen wollen.

Von den «Heimkehrern», die seit Jahren von der Fürsorgeabteilung betreut werden, leben noch 59, die alle in Asylen, Heimen oder psychiatrischen Kliniken untergebracht sind.

2.2.2.2 Berner im Ausland

(Bundesgesetz vom 21.3.1973 über Fürsorgeleistungen an Auslandschweizer; Art. 78 Abs. 3 des Gesetzes vom 3.12.1961 über das Fürsorgewesen)

Die Fürsorgeabkommen mit Deutschland (1952) und Frankreich (1931) bewähren sich in der Praxis. Gegenüber dem Vorjahr sind die Unterstützungsfälle von Bernern in Deutschland von 51 auf 57 leicht angestiegen und diejenigen in Frankreich von 42 auf 38 gesunken.

2.2.3 Fürsorge des Staates für Kantonsfremde

(Art. 74 Abs. 2 des Gesetzes vom 3.12.1961 über das Fürsorgewesen)

Unterstützungsbedürftige ohne Wohnsitz in der Schweiz sind gegenüber dem Vorjahr von 28 auf 39 Personen angestiegen. Es handelt sich ausschliesslich um Ausländer, die von bernischen Gerichten verurteilt wurden bzw. sich in Untersuchungshaft befanden und ärztlicher, zahnärztlicher oder anderer Hilfe bedurften. Die Bruttoaufwendungen betragen 123 846 Franken. Allein mit 37 399 Franken daran beteiligt ist ein ungarischer Staatsangehöriger – kein Flüchtling – der bei einem Fluchtversuch aus Thorberg abstürzte und sich einen komplizierten Beinbruch zuzog.

2.2.4 Asylbewerber

(Art. 19 Abs. 1 und Art. 20 des Asylgesetzes vom 5.10.1979)

Von den 60 Asylbewerbern, die im Jahre 1982 auf Betreiben der Bundesbehörde und gemäss Vereinbarung zwischen den Kantonsregierungen der Kantone Bern und Waadt übernommen werden mussten und unter die Obhut der Fürsorgeabteilung gestellt wurden, sind in der Zwischenzeit 20 Personen in Drittländer ausgewiesen worden oder ganz einfach irgendwo untergetaucht. Für die übrigen konnten bis auf eine Ausnahme Arbeitsstellen gefunden werden. Sie beanspruchen nur noch sporadisch Unterstützungen.

Die Behandlung der hängigen Asylgesuche durch das Bundesamt für Polizeiwesen (BAP) erfolgt wegen Personalknappheit sehr schleppend.

Im Berichtsjahr übernahm der Kanton Bern vom Kanton Waadt ein weiteres Kontingent von 40 Asylbewerbern, die ausserhalb der Stadt Bern untergebracht werden müssen, weil die Stadt Bern selber von Asylsuchenden überschwemmt wird. Ein Versuch, auf grössere bernische Gemeinden auszuweichen, schlug fehl. Von 102 angefragten Gemeinden waren nur fünf bereit, einzelne Asylanten aufzunehmen. Die notwendige Unterkunft konnte schliesslich im Hotel Schönbühl in Wilderswil gefunden werden. Eine Mitarbeiterin der Abteilung ist für die Betreuung dieser Asylanten zuständig. Sie besucht sie wöchentlich einmal in Wilderswil. Wünschenswert wären öftere Besuche, was aber aus personellen Gründen nicht möglich ist. Bei der derzeitigen Arbeitslage ist es sehr schwer, für alle einen Arbeitsplatz zu finden.

personnes, il s'agit de ressortissants bernois assez âgés et malades qui veulent terminer leur existence dans leur canton.

Parmi les Bernois revenus dans leur canton et dont le service de prévoyance sociale s'occupe depuis bien des années, 59 sont encore en vie, tous pensionnaires d'asiles, d'institutions ou de cliniques psychiatriques.

2.2.2.2 Bernois à l'étranger

(Loi fédérale du 21 mars 1973 sur l'assistance des Suisses de l'étranger; art. 78, 3^e al. de la loi du 3 décembre 1961 sur les œuvres sociales/LOS)

Les conventions d'assistance passés avec l'Allemagne (RFA) en 1952 et la France en 1931 ont fait leurs preuves. Comparativement à 1982, les cas d'assistance de Bernois en République fédérale allemande ont passé de 51 à 57 et ceux de nos ressortissants en France de 42 à 38.

2.2.3 Assistance de l'Etat aux ressortissants non bernois

(Art. 74, 2^e al. de la loi du 3 décembre 1961 sur les œuvres sociales/LOS)

Les personnes nécessitant l'aide de l'assistance et sans domicile en Suisse ont été au nombre de 39, contre 28 en 1982. Il s'agit uniquement d'étrangers condamnés par des tribunaux bernois ou en préventive et qui ont eu besoin d'une aide médicale, dentaire ou autre. Les dépenses brutes dans ce secteur se sont élevées à 123 846 francs; un citoyen hongrois – il ne s'agit pas d'un réfugié – y contribuant à lui seul pour 37 399 francs: lors d'une tentative d'évasion de Thorberg, il fit une chute et fut victime d'une fracture compliquée de la jambe.

2.2.4 Demandeurs d'asile

(Art. 19, 1^{er} alinéa et art. 40 de la loi du 5 octobre 1979 sur l'asile)

Des 60 demandeurs d'asile qui, en 1982, sur recommandation des autorités fédérales et conformément à un accord entre les Gouvernements cantonaux de Berne et Vaud durent être pris en charge en provenance du canton de Vaud et furent placés sous la surveillance du service de prévoyance sociale, 20 sont partis entretemps pour des pays tiers, ont été renvoyés ou ont tout simplement disparu. Quant aux autres, on a pu leur trouver un emploi, à l'exception d'un seul. Ils ont besoin de temps en temps de l'aide de l'assistance.

Le traitement par l'Office fédéral de la police des demandes d'asile en suspens piétine en raison du manque de personnel.

Au cours de l'exercice, le canton de Berne a accepté d'accueillir un contingent supplémentaire de 40 demandeurs d'asile arrivant du canton de Vaud. Ils durent être logés en dehors de la Ville fédérale, Berne étant elle-même débordée par l'arrivée de requérants d'asile. Un essai visant à placer ces candidats au droit d'asile dans des communes bernoises d'une certaine importance s'est soldé par un échec: des 102 communes consultées, 5 seulement se sont déclarées prêtes à en accueillir. On a trouvé toutefois à les loger finalement à l'Hôtel Schönbühl à Wilderswil. Une collaboratrice du service de prévoyance a reçu mandat de veiller sur ces requérants d'asile et leur rend visite une fois par semaine. Certes, il serait souhaitable de pouvoir les voir plus souvent, mais des raisons de personnel ne le permettent pas. Vu la situation actuelle sur le marché du travail, il est très difficile de leur trouver à tous une occupation.

Tabelle 2 – Unterstützungsausgaben des Staates

Tableau 2 – Dépenses d'assistance de l'Etat

Wohnort der Unterstüzten	Fälle Cas	Personen Personnes	Total Fr.	Anteil des Wohnkantons Quote-part du canton de domicile Fr.	Ausgaben Dépenses Fr.	Einnahmen Recettes Fr.	Domicile des assistés
a) Berner in andern Kantonen							a) Bernois dans d'autres cantons
Zürich	607	902	2 753 885	1 097 504	1 656 381	619 820	Zurich
Luzern	73	119	346 625	118 572	228 053	86 602	Lucerne
Uri	–	–	–	–	–	–	Uri
Schwyz	17	20	113 804	35 138	78 666	5 744	Schwytz
Obwalden	2	6	11 066	5 500	5 566	–	Obwald
Nidwalden	5	7	64 206	32 103	32 103	12 023	Nidwald
Glarus	4	9	42 253	11 079	31 174	913	Glaris
Zug	6	6	13 890	590	13 300	6 425	Zoug
Freiburg	46	64	199 243	54 325	144 918	36 848	Fribourg
Solothurn	144	236	645 477	225 398	420 079	154 784	Soleure
Basel-Stadt	234	307	902 302	246 531	655 771	111 842	Bâle-Ville
Basel-Land	128	255	810 671	322 157	488 514	72 847	Bâle-Campagne
Schaffhausen	28	40	128 734	49 272	79 462	7 687	Schaffhouse
Appenzell AR	13	25	41 974	12 506	29 468	7 423	Appenzell Rh.-Ext.
Appenzell IR	1	5	–	–	–	./ 2 451	Appenzell Rh.-Int.
St. Gallen	69	118	259 957	89 411	170 546	44 353	Saint-Gall
Graubünden	10	15	29 183	9 678	19 505	2 188	Grisons
Aargau	94	176	439 458	162 548	276 910	42 404	Argovie
Thurgau	51	96	306 169	106 897	199 272	72 336	Thurgovie
Tessin	42	83	265 944	101 290	164 654	55 746	Tessin
Waadt	176	257	988 760	275 039	713 721	363 129	Vaud
Wallis	15	31	73 074	31 094	41 980	12 212	Valais
Neuenburg	139	182	418 820	151 054	267 766	142 470	Neuchâtel
Genf	169	231	1 013 974	397 400	616 574	187 471	Genève
Jura	11	14	83 679	27 351	56 328	2 641	Jura
Total	2 084	3 204	9 953 148	3 562 437	6 390 711	2 045 457	Total
b) Berner im Ausland							b) Bernois à l'étranger
Deutschland	57	71	594 958		594 958	31 938	Allemagne
Frankreich	38	41	397 957		397 957	146 018	France
Total	95	112	992 915		992 915	177 956	Total
c) Heimkehrer	102	108	1 301 962		1 301 962	1 081 969	c) Bernois revenus dans leur canton
d) Zusammenzug							d) Récapitulation
Berner in andern Kantonen	2 084	3 204	9 953 148	3 562 437	6 390 711	2 045 457	Bernois dans d'autres cantons
Berner im Ausland	95	112	992 915		992 915	177 956	Bernois à l'étranger
«Heimkehrer»	102	108	1 301 962		1 301 962	1 081 969	Bernois revenus dans leur canton
Total	2 281	3 424	12 248 025	3 562 437	8 685 588	3 305 382	Total
e) Aufgliederung der Einnahmen							e) Répartition des recettes
Unterhalts- und Verwandtenbeiträge				497 461			Aliments et contributions familiales
Rückerstattungen der Unterstüzten und ihrer Erben				506 767			Restitutions par des assistés et leurs héritiers
Alters-, Hinterlassenen- und Invalidentrenten, Ergänzungsleistungen				1 865 840			Rentes de vieillesse, de survivants et d'invalides, prestations complémentaires
Andere Einnahmen (Schulungskostenbeiträge, Stipendien, Bundesbeiträge, Vergütungen pflichtiger Gemeinden)				435 314		151 130 ¹	Autres recettes (contributions aux frais de formation scolaire, bourses, subventions fédérales, remboursements de communes tenues à l'assistance)
Total Einnahmen						3 456 512	Total des recettes
f) Kantonsfremde	39	39			123 846	12 173	Etrangers au canton
Total	2 320	3 463			8 809 434	3 468 685	Total
Reinausgaben					5 340 749		Dépenses nettes

¹ Bundesbeiträge und Vergütungen pflichtiger Gemeinden¹ Subventions fédérales; remboursements des communes tenues à l'assistance

g) Vergleiche

g) Comparaison

	Fälle Cas	Rohausgaben Dépenses brutes Fr.	Einnahmen Recettes Fr.	Reinausgaben Dépenses nettes Fr.
1983	2 320	8 809 434	3 468 685	5 340 749
1982	2 187	7 634 731	3 419 152	4 215 579
1981	2 209	6 670 602	3 840 645	2 829 957
1980	2 924	7 569 049	4 213 551	3 355 498
1979	5 259	12 029 686	6 840 946	5 188 740
1978	5 899	17 713 910	9 924 299	7 789 611
1977	5 614	17 996 002	10 133 633	7 862 369
1976	5 455	17 435 410	10 174 709	7 260 701
1975	5 143	15 328 923	10 001 354	5 327 569
1974	5 286	13 516 179	9 538 883	3 977 296
1973	5 534	13 750 061	9 190 265	4 559 796
1972	5 916	11 666 717	7 355 166	4 311 551
1971	6 021	11 381 763	7 338 685	4 043 078
1970	6 234	11 096 669	6 753 076	4 343 593
1965	8 428	11 616 854	4 640 053	6 976 801
1960	10 003	10 795 341	3 120 969	7 674 372
1955	10 688	9 497 538	1 825 750	7 671 788
1950	11 791	8 655 288	1 344 293	7 310 995
1945	11 948	7 203 973	2 139 542	5 064 431

2.3 Fürsorgeinspektorat und Abteilung Planung, Bau und Betrieb

2.3.1 Beratertätigkeit

Die vier Sachbearbeiter des Fürsorgeinspektorates führten im Berichtsjahr insgesamt 64 Gemeindeberatungen durch, wo sie mit Gemeindefürsorgebehörden aktuelle Fragen aus dem Bereich des Fürsorgewesens besprachen und Informationen einholten und vermittelten. Sehr in Anspruch genommen waren sie auch durch Sitzungen im Zusammenhang mit Heimen und ambulanten Diensten (Gemeindekrankenpflege, Hauspflege). Der Fachbeamte für den Berner Jura pflegte regelmässige Kontakte mit den Verantwortlichen des dortigen regionalen Sozialdienstes. Erstmals hielten sich einzelne Sachbearbeiter der Abteilung mehrere Tage in Heimen oder ambulanten Dienststellen auf, wo sie sich aktiv an der Arbeit beteiligten. Dabei konnten realitätsnahe Erfahrungen über Fragen der zweckmässigen Betreuung von Mitmenschen gewonnen werden.

Die Zahl der privaten Altersheime nimmt deutlich zu. Solche Betriebe bedürfen einer Bewilligung aufgrund der Verordnung vom 18. September 1973 über die gewerbmässige Pflege von Betagten und Behinderten in Heimen und Familien, die ihnen erteilt werden muss, wenn sie die darin enthaltenen Bedingungen erfüllen. Das Fürsorgeinspektorat hat die Einhaltung der Bedingungen zu überwachen, was zum Teil mit beträchtlichen Umtrieben verbunden ist. Familienpflegen mit weniger als sechs Pensionären benötigen eine Betriebsbewilligung der Sitzgemeinde.

Neben den vielfältigen gesetzlichen Beratungs- und Überwachungsaufgaben der Abteilung kam die Ombudstätigkeit vermehrt zum Zuge. Oft sind es private Personen, die Auskünfte über Fragen des Fürsorgewesens benötigen.

2.3.2 Kreisfürsorgeinspektorinnen und Kreisfürsorgeinspektoren

Bei den nebenamtlichen, als Verbindungsglieder zwischen der Direktion und den Gemeindefürsorgebehörden wirkenden In-

2.3 Inspection des œuvres sociales, Service de planification, de construction et d'exploitation

2.3.1 Activité d'information

Durant l'exercice, les quatre fonctionnaires spécialistes ont donné aux communes au total de 64 consultations au cours desquelles ils ont traité avec les autorités des œuvres sociales de questions actuelles relevant de l'assistance publique; ils ont en outre recueilli et transmis des informations. Ils ont été aussi très sollicités par des séances consacrées aux foyers et aux services ambulants (soins aux malades, aide familiale). Le fonctionnaire spécialiste chargé du Jura bernois a eu des contacts réguliers avec les responsables du service social de cette région. Pour la première fois, quelques fonctionnaires du service ont séjourné plusieurs jours dans des institutions ou des services ambulants, où ils ont activement pris part au travail. Ils ont ainsi eu la possibilité de bénéficier d'expériences pratiques quant aux problèmes posés par l'opportunité de l'encadrement du prochain.

Le nombre des foyers privés du 3^e âge est en nette augmentation. Ces exploitations doivent être en possession d'une autorisation selon l'Ordonnance du 18 septembre 1973 concernant les soins donnés à titre professionnel dans des foyers et des familles à des personnes âgées ou handicapées, autorisation qui leur est remise lorsqu'elles remplissent les conditions prescrites. L'Inspection des œuvres sociales est chargée de surveiller le respect des conditions, tâche liée en partie à des difficultés considérables. Les pensions familiales accueillant moins de six pensionnaires n'ont besoin que de l'autorisation délivrée par la commune d'emplacement.

Outre les tâches légales très diverses de consultation et de surveillance, l'Inspection des œuvres sociales a déployé de façon accrue son activité d'ombudsman. Il s'agit souvent de personnes privées à la recherche de renseignements sur des questions relatives à l'assistance sociale.

2.3.2 Inspectrices et inspecteurs d'arrondissement des œuvres sociales

On a enregistré douze démissions et dix nominations parmi les inspectrices et inspecteurs qui, occupant leur fonction à titre

spektorinnen und Inspektoren waren zwölf Rücktritte und zehn Ernennungen zu verzeichnen.

Anstelle regionaler Grossanlässe wurden die traditionellen Jahreskonferenzen im Berichtsjahr an neun verschiedenen Orten durchgeführt, und zwar in Aarwangen, Biel, Fraubrunnen, Freimettigen, Schwarzwasserbrücke, Sonvilier, Spiez, Trachselwald und Worblaufen. In kleinem Kreise konnten so Probleme aus dem Fürsorgealltag erörtert werden. Einem Wunsch aus dem Inspektorenkreis entsprechend wurde ein Merkblatt zur Gestaltung der Jahresberichte der Kreisfürsorgeinspektoren geschaffen und an den Konferenzen eingehend diskutiert. Das Merkblatt soll in Zukunft die Gestaltung der Jahresberichte erleichtern. Die Ergebnisse der neun Konferenzen werden nunmehr ausgewertet. Erstes Ergebnis ist die vollständige Überarbeitung der Wegleitung über die Aufgaben der Inspektorinnen und Inspektoren, wofür eine neue Form gesucht wird.

Diese Art von Aussprachen und Erfahrungsaustauschen wurde von allen Beteiligten geschätzt, wie überhaupt die regelmässige Pflege von Kontakten auf allen Ebenen eine wichtige Voraussetzung für das gute Funktionieren des bernischen Fürsorgewesens ist.

2.3.3 Staatliche und private Schulheime

2.3.3.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr wurden für 1667 Kinder Schulungskostenbeiträge ausgerichtet. Gegenüber dem Vorjahr (1699 Kinder) entspricht dies einer Abnahme von 1,88 Prozent.

Staatsbeiträge für behinderte Kinder konnten für 1329 Kinder (1338 Kinder) bewilligt werden, was einer Abnahme von 0,67 Prozent entspricht.

Die Tendenz, auch schwerbehinderte Kinder in die öffentlichen Schulen zu integrieren, hält weiterhin an. Ob dabei die öffentliche Schule diesen behinderten Kindern in allen Fällen gerecht zu werden vermag, muss bezweifelt werden.

Offensichtlich ist dagegen ein immer stärker werdendes Bedürfnis nach Wohnplätzen für Lehrlinge. Fast alle Heime für verhaltensbehinderte Kinder melden heute, dass sie Mühe hätten, für schulentlassene Jugendliche geeignete Wohnplätze zu finden. Zudem zeichnet sich ab, dass die bestehenden Lehrlingsheime vermehrt zu Erziehungsheimen für Jugendliche werden.

2.3.3.2 Staatliche Schulheime

Im Verlaufe des Berichtsjahres konnte die Baustudie für eine Sanierung der Sprachheilschule Münchenbuchsee abgeschlossen werden. Die Studie sieht keine Neubauten vor.

Im gleichen Sinne konnten die Arbeiten im Schulheim Landorf an die Hand genommen werden.

Ein Hauptereignis im Berichtsjahr stellt sicher der Abschluss der Bauarbeiten im Schloss Erlach dar. Die Sanierung darf als geglückt bezeichnet werden. Abgesehen vom denkmalpflegerischen Aspekt im Hinblick auf die Altstadt von Erlach ist es gelungen, auch ein erzieherisch neues und wertvolles Konzept in die Tat umzusetzen.

Die bereits erwähnte Tendenz, Schüler möglichst nicht oder sehr spät ins Heim einzuweisen, hat andererseits dazu geführt, dass das Schulheim in Oberbipp mit schulpflichtigen Knaben sehr schlecht belegt war. Dieser Umstand führte dazu, dass die Direktion vorerst in einer Absichtserklärung bekanntgab, das Schulheim in Oberbipp mit dem Schulheim in Aarwangen zusammenzulegen. Allerdings stiess diese Absichtserklärung auf eine heftige Opposition von seiten der beiden Heime. In

accessoire, sont des chaînons intermédiaires entre la Direction et les autorités communales des œuvres sociales.

Au lieu d'être organisées sous forme de grandes manifestations régionales, les conférences annuelles traditionnelles ont eu lieu durant l'exercice à neuf endroits différents, à savoir à Aarwangen, Bienne, Fraubrunnen, Freimettigen, Schwarzwasserbrücke, Sonvilier, Spiez, Trachselwald et Worblaufen. Il a été ainsi possible de discuter en petit cercle des problèmes rencontrés quotidiennement par l'assistance publique. Sur le vœu des inspecteurs, on a créé une feuille d'instruction pour la rédaction des rapports annuels des inspecteurs d'arrondissement qui a été largement débattue lors des conférences. Ces instructions ont pour but de faciliter à l'avenir la rédaction des rapports annuels. Les résultats des neuf conférences sont maintenant en cours d'appréciation. Le premier résultat concerne le remaniement complet des directives sur les tâches des inspectrices et inspecteurs; une nouvelle forme est cherchée à cet effet.

L'ensemble des participants ont apprécié ce mode de discussions et d'échanges d'expériences, les contacts réguliers à tous les niveaux étant de toute façon une condition préalable importante au bon fonctionnement de la prévoyance sociale bernoise.

2.3.3 Foyers scolaires de l'Etat et privés

2.3.3.1 Généralités

Au cours de l'exercice, la contribution aux frais d'instruction a été versée à 1667 enfants, soit 1,88 pour cent de moins qu'en 1982 (1699 enfants), la contribution de l'Etat accordée aux enfants invalides – 1329 (1338) cas – accusant, elle, une diminution des cas de 0,67 pour cent.

La tendance à intégrer dans les écoles publiques également des enfants gravement handicapés se poursuit: on peut douter de la capacité de l'école publique de s'occuper correctement de ces enfants handicapés dans chaque cas.

Il est clair en revanche que le besoin de places d'habitation pour les apprentis ne cesse d'augmenter. Presque tous les foyers pour enfants souffrant de troubles du comportement annoncent aujourd'hui qu'ils ont eu de la peine à trouver des places d'habitation appropriées pour les adolescents quittant l'école. En outre, on constate que les foyers pour apprentis deviennent de plus en plus des foyers d'éducation pour adolescents.

2.3.3.2 Foyers scolaires de l'Etat

L'étude concernant l'assainissement du bâtiment de l'école de logopédie de Münchenbuchsee a pu être achevée au cours de l'exercice. Cette étude ne prévoit pas de construction nouvelle.

Les travaux du foyer scolaire de Landorf ont pu être entrepris dans le même sens.

L'achèvement des travaux dans le château de Cerlier constitue certainement l'événement majeur de l'exercice. L'assainissement réalisé est une réussite: sans parler de la revalorisation de la vieille ville de Cerlier sur le plan architectural, on a réussi à faire passer dans la réalité un concept nouveau et précieux en matière d'éducation.

La tendance déjà mentionnée de ne pas envoyer les écoliers dans un foyer, si ce n'est le plus tard possible, explique que le foyer scolaire d'Oberbipp pour garçons en âge de scolarité a enregistré un très mauvais taux d'occupation. Cette situation a incité la Direction à faire savoir dans une déclaration d'intention que le foyer scolaire d'Oberbipp allait fusionner avec celui d'Aarwangen. Cette déclaration d'intention se heurta à une

einer Arbeitsgruppe, welche den Auftrag erhielt, sämtliche Vor- und Nachteile einer eventuellen Heimschliessung zu überprüfen, wird das aufgeworfene Problem intensiv studiert. Ergebnisse sind erst im folgenden Jahr zu erwarten.

2.3.3.3 Vom Staate subventionierte Heime

Ähnliche Belegungsprobleme wie bei den staatlichen Schulheimen liegen auch bei den subventionierten Heimen vor. So ist heute die Umstrukturierung in der Sunnegg in Walkringen praktisch abgeschlossen und im Haus Christofferus in Renan auf gutem Wege dazu. Es sei darauf hingewiesen, dass sich in einzelnen Regionen ähnliche Zusammenlegungsprobleme auch bei Schulexternaten abzuzeichnen beginnen.

2.3.4 *Anlehr- und geschützte Werkstätten sowie Wohnheime für Behinderte*

Die Planung von Institutionen für Behinderte (siehe dazu auch 2.3.9) hat aufgezeigt, dass in den nächsten Jahren ganz eindeutig Plätze für Behinderte in Wohnheimen zu schaffen sind. Im Berichtsjahr wurde die Behindertenstatistik erweitert. Die Ergebnisse der ersten Phase dieser Statistik, die das Sozial- und präventivmedizinische Institut der Universität Bern im Auftrag der Direktion durchführt, zeigen in eindrücklicher Weise ein sehr hohes Durchschnittsalter der Eltern von Behinderten auf, die zwar in einer Werkstätte arbeiten, aber noch bei den Eltern wohnen. Das Alter der Eltern liegt in vielen Fällen über 70 Jahre! Dies unterstreicht die Wichtigkeit der Schaffung neuer Plätze, da zum Beispiel die Wohnverhältnisse vor allem in grösseren Ortschaften eine Umplazierung zu Geschwistern oder andern Verwandten kaum erlauben. Diese Ergebnisse werden zudem durch eine soziologische Studie, welche durch eine grosse Elternvereinigung in Auftrag gegeben wurde, vollumfänglich bestätigt.

In Betrieb genommen werden konnten zwei kleine Wohnheime in Wangen a. A. und in Herzogenbuchsee. Die Vorarbeiten für weitere Heime laufen in allen Regionen planmässig.

2.3.5 *Alters- und Pflegeheime sowie ambulante Betagtenhilfe*

Die im Vorjahresbericht erwähnte Überarbeitung des kantonalen Richtprogramm für Altersheime konnte im Berichtsjahr abgeschlossen und von der kantonalen Fürsorgekommission gutgeheissen werden. Gegenüber dem seit 1978 gültigen Konzept ergaben sich nur geringfügige Änderungen.

Die Abteilung für wissenschaftliche Auswertung konnte im Berichtsjahr die Durchführung einer Erhebung über das Wohlbefinden und die Bedürfnisse der Altersheimpensionäre in die Wege leiten. Eine Gruppe externer Auftragnehmer führte in einem ersten Teil der Feldforschung 40 qualitative Interviews mit Pensionären und je zehn mit Heimleitern und Heimpersonal durch. Darauf aufbauend soll ein standardisierter Fragebogen für die Befragung einer repräsentativen Stichprobe von Pensionären ausgearbeitet werden. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Vereins bernischer Alterseinrichtungen und des Vereins für das Alter, worunter sich vorwiegend Leiter von Altersheimen befinden, berät die Abteilung bei der Durchführung dieser Studie.

Im Vorjahresbericht konnten Erfolgszahlen über den Ausbaugrad der ambulanten Standardeinrichtungen wie Gemeindekrankenpflege, Hauspflege und Haushilfe bekanntgegeben werden. Es handelt sich um sehr geschätzte Ergänzungen zur Hilfe von Familienangehörigen und Nachbarn in der Betreuung betagter Mitmenschen. Bei einer derart hohen Versorgungss-

vive opposition de la part des deux foyers: un groupe de travail chargé d'examiner les avantages et les inconvénients d'une éventuelle fusion va étudier à fond le problème. On n'en connaîtra les résultats que l'année prochaine.

2.3.3.3 Foyers subventionnés par l'Etat

Les foyers subventionnés se heurtent aux mêmes problèmes d'occupation que les foyers scolaires de l'Etat. La reconversion du foyer Sunnegg de Walkringen est aujourd'hui pratiquement terminée et celle de la Maison Christofferus de Renan est en bonne voie. Il faut mentionner ici que certaines régions commencent également à connaître des problèmes de fusion pour les externats scolaires.

2.3.4 *Ateliers protégés et de préformation et foyers/appartements pour invalides*

La planification des institutions pour handicapés (voir aussi 2.3.9) a montré clairement qu'il était nécessaire de créer ces prochaines années des places pour handicapés dans des foyers d'habitation. Au cours de l'exercice, la statistique des handicapés a été élargie. Les résultats de la première phase de cette statistique, réalisée par l'Institut de médecine sociale et préventive de l'Université de Berne sur mandat de la Direction, montrent de manière impressionnante que les parents de handicapés travaillant dans un atelier mais vivant chez leurs parents ont un âge moyen très élevé. L'âge des parents dépasse 70 ans! C'est dire combien il importe de créer de nouvelles places, surtout quand on sait les conditions de logement prévalant dans les localités d'une certaine importance, où un placement chez un frère ou un autre parent n'est guère possible. Ces constatations sont d'ailleurs pleinement confirmées par l'étude sociologique commandée par une importante association de parents. Deux petits foyers d'habitation ont été ouverts à Wangen a. A et à Herzogenbuchsee. Les travaux préparatoires pour d'autres foyers sont en cours dans toutes les régions, conformément au plan.

2.3.5 *Foyers (médicalisés ou non) pour personnes âgées et aide ambulatoire au 3^e âge*

Annoncé dans l'avant-dernier rapport annuel, le remaniement du programme indicatif des locaux des foyers pour personnes âgées a été achevé au cours de l'exercice et approuvé par la Commission cantonale des œuvres sociales. Ce programme, en vigueur depuis 1978, n'a subi que des modifications mineures.

Le service d'évaluation scientifique a entrepris durant l'exercice une enquête sur le bien-être et les besoins des pensionnaires des foyers du 3^e âge. Un groupe de personnes externes a été chargé, au cours de la première partie des recherches, de réaliser 40 interviews qualitatives avec des pensionnaires et 10 avec des directeurs de foyer et des représentants du personnel. On mettra au point sur la base de ces résultats un questionnaire standard destiné à un échantillonnage de pensionnaires. Un groupe de travail composé de représentants de l'Association des institutions bernoises pour personnes âgées et de l'Association pour la vieillesse, parmi lesquels on trouve avant tout des directeurs de foyers, conseille le service dans la réalisation de cette étude.

Le rapport de gestion 1982 donnait les chiffres-record sur le développement des institutions ambulatoires standard, comme l'institution communale de soins aux malades, l'aide familiale et l'aide ménagère. Il s'agit de compléments très appréciés à l'aide de membres de la famille ou de voisins dans

dichte wird es zunehmend schwieriger, die «weissen Flecken» auf der Planungskarte auszumachen. Selbstverständlich werden die Anstrengungen, sämtliche Gemeinden im Kanton Bern an das Netz dieser Dienstleistungen anzuschliessen, weitergeführt.

Der Verein bernischer Alterseinrichtungen hat der Direktion ein erstes Konzept für die Ausbildung von Betagtenbetreuerinnen eingereicht. Dieses sieht eine Berufsausbildung für Mitarbeiter in Alters- und Pflegeheimen mit Schwerpunkten in Hauswirtschaft, Betreuung und häuslicher Krankenpflege vor. Der Vorschlag war von Anfang an sehr umstritten. Eine Vernehmlassung bei Heimen und interessierten Berufsverbänden bestätigte die unterschiedlichen Auffassungen bezüglich der Grundausbildung. Die Direktion ist jedoch davon überzeugt, dass die Heime zur Erfüllung ihrer Aufgabe in dieser Richtung ausgebildete Mitarbeiter benötigen. Sie hat deshalb den Verein ersucht, das Projekt zu überarbeiten und den wesentlichsten Einwänden aus der Vernehmlassung Rechnung zu tragen.

2.3.6 Regionale Sozialdienste

Im Gegensatz zum Vorjahr, als grosse Fortschritte in der Schaffung regionaler Sozialdienste gemeldet werden konnten, sind im Berichtsjahr eher Rückschläge zu verzeichnen. Ausführungsreife Projekte scheiterten am Widerstand verschiedener Gemeinden. Auf diese Weise wurde z. B. der geplante Sozialdienst im Amt Schwarzenburg zu Fall gebracht. Dies zwingt beitragswillige Gemeinden, neue Wege zu suchen und die Projektierung auf eine andere Basis zu stellen. Allerdings bedeutet dies, dass der systematische Weiterausbau solcher Dienste im Sinne der Richtlinien der Regierungspolitik verzögert wird. Interessierten Kreisen kann jetzt ein «Leitfaden für die Schaffung regionaler Sozialdienste» abgegeben werden, der vom Fürsorgeinspektorat und dem kantonalen Jugendamt gemeinsam herausgegeben wurde.

2.3.7 Register der sozialen und medizinischen Institutionen

Die erste Ausgabe eines Registers erfolgte Anfang der sechziger Jahre und fand grossen Anklang. Es enthielt allerdings nur die stationären Einrichtungen und wurde als erster Teil bezeichnet. Der zweite Teil, der Auskunft über die ambulanten Einrichtungen geben sollte, kam nie heraus. Im Jahre 1976 erschien ein neues Register mit rund 1300 ambulanten und stationären Einrichtungen des Kantons Bern. Es war als Kartei (Kasten) ausgestaltet und mit einem Verzeichnis in Form einer Broschüre versehen. Im Berichtsjahr konnte die Informationsbeschaffung für die Neuausgabe dieses Registers, das nun über 2000 Adressen enthalten wird, abgeschlossen werden. Noch nicht endgültig schlüssig ist man sich über die Form des Registers. Sicher ist aber, dass es nicht in Karteiform herausgegeben wird. Mit seinem Ausdruck ist im Jahre 1984 zu rechnen.

2.3.8 Baubeiträge an Fürsorgeinstitutionen

Im Berichtsjahr wurden für 43 Projekte (Vorjahr 40) mit Gesamtkosten von mehr als 97,6 Millionen Franken (42 Mio. Fr.) insgesamt 70,1 Millionen Franken (21,2 Mio. Fr.) an Beiträgen bewilligt. Davon werden 22 Projekte (15), die wie im Vorjahr

l'encadrement de personnes âgées. Il deviendra de plus en plus difficile de supprimer les «taches blanches» sur la carte de la planification avec une couche si élevée de personnes à encadrer. Il va sans dire que les efforts visant à raccorder l'ensemble des communes bernoises à ce réseau de prestations de service se poursuivent.

L'Association des institutions bernoises pour personnes âgées a remis à la Direction un premier projet pour la formation d'encadrantes de foyers pour personnes âgées. Ce projet prévoit la formation professionnelle des personnes travaillant dans des foyers du 3^e âge, médicalisés ou non, en mettant l'accent sur l'économie ménagère, l'encadrement et les soins domestiques journaliers. Il a été dès le début très critiqué et une procédure de consultation auprès de foyers et d'organisations professionnelles intéressés a confirmé la divergence des opinions quant à la formation de base. La Direction est toutefois persuadée que les foyers ont besoin, pour remplir correctement leurs tâches, de collaborateurs au bénéfice d'une formation professionnelle. Elle a donc demandé à l'Association de revoir son projet en tenant compte des principales objections exprimées lors de la consultation.

2.3.6 Services sociaux régionaux

Contrairement à l'année précédente, au cours de laquelle la création de services sociaux régionaux a avancé à grands pas, le dernier exercice enregistre plutôt un recul dans ce secteur. Des projets sur le point d'être réalisés ont échoué devant la résistance de diverses communes. C'est ainsi, par exemple, que le service social prévu dans le district de Schwarzenburg n'a pu être réalisé. Cette situation oblige les communes favorables à l'adhésion à chercher de nouvelles voies et à établir la projection sur une autre base. Cela signifie en tout cas qu'il faut renoncer à poursuivre le développement systématique de ces services dans le sens des directives de la politique gouvernementale. Les cercles intéressés peuvent obtenir maintenant un «Fil conducteur pour la création de services sociaux régionaux», publié par l'inspection des œuvres sociales en commun avec l'Office cantonal des mineurs.

2.3.7 Registre des institutions sociales et médicales

Le registre a été publié pour la première fois au début des années soixante; il rencontra un large écho. Désigné comme une première partie, il ne contenait que les institutions stationnaires. La deuxième partie, qui devait fournir des indications sur les institutions ambulantes, n'a jamais paru. En 1976 paraissait un nouveau registre avec les quelque 1300 institutions ambulantes et stationnaires du canton de Berne. Il était réalisé sous la forme d'une cartothèque (caissette) accompagnée d'une table des matières assemblée en brochure. Durant l'exercice, il a été possible de clore la récolte d'informations en vue de la réédition de ce registre qui contiendra plus de 2000 adresses. Le choix définitif quant à sa forme n'a pas encore été arrêté. Il est certain en tout cas qu'il ne sera pas publié sous la forme d'une cartothèque. Son impression est prévue pour 1984.

2.3.8 Subventions à la construction d'institutions de prévoyance sociale

Au cours de l'exercice, 43 projets (1982: 40) ont été approuvés, d'un coût global de plus de 97,6 millions de francs (42 millions), les subventions y relatives s'élevant à 70,1 millions (21,2 millions). 22 (15) de ces projets (concernant essentiellement

vorwiegend Altersheime betreffen, im Wert von 25,5 Millionen Franken (18,9 Mio. Fr.) über die Lastenverteilung von Gemeinden finanziert. Die hierfür ermittelten lastenverteilungsberechtigten Kosten belaufen sich auf 20,1 Millionen Franken (14,1 Mio. Fr.). Die übrigen 21 Projekte (25) mit Gesamtkosten von 72,1 Millionen Franken (23,5 Mio. Fr.) werden aus Krediten der Direktion mit 50 Millionen Franken (7,1 Mio. Fr.) subventioniert, wobei allein auf den im Berichtsjahr von den Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen beschlossenen Staatsbeitrag an die Gesamterneuerung des Oberländischen Pflege- und Altersheim Utzigen 28,7 Millionen Franken entfallen.

Als Beitrag an die Sparmassnahmen des Staates werden gemäss Regierungsratsbeschluss vom 22. Juni Grundstückskosten von Altersheimen nur noch bis zur Hälfte des anrechenbaren Betrages zur Lastenverteilung zugelassen. Die Ermittlung des anrechenbaren Betrages erfolgt in Zusammenarbeit mit der Liegenschaftsverwaltung des Kantons Bern.

2.3.9 Planung von Institutionen für Behinderte

Der Planungsentwurf vom Mai des Vorjahres wurde aufgrund der vielen engagierten Stellungnahmen, die im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens eingingen, überarbeitet. Die Beurteilung der Antworten vermittelt ein positives Bild. Die Planung konnte unter Weglassung des unübersichtlichen Zahlenmaterials gestrafft werden. Es gelang auch, die vorliegende Planung in den Rahmen einer umfassenden Behindertenpolitik zu stellen.

Die teilweise widersprüchlichen Vorschläge, Anregungen und Forderungen konnten nicht in Einklang gebracht werden. Verschiedene Anliegen lassen sich aus finanziellen Gründen in der Planungsperiode nicht verwirklichen. (Siehe dazu 1.1).

2.4 Revisionsdienst

2.4.1 Allgemeines

Der Abteilung Revisorat sind alle Arbeiten betreffend die Lastenverteilungsabrechnung übertragen. Es sind dies vorwiegend:

- Prüfung der Fürsorgeaufwendungen der 410 Gemeinden auf ihre Lastenverteilungsberechtigung hin, gestützt auf die gesetzlichen Erlasse
- Prüfung und Genehmigung des Budgets der 115 durch den Staat finanzierten Fürsorgeinstitutionen
- Prüfung der Betriebsrechnungen der 115 durch den Staat finanzierten Fürsorgeinstitutionen sowie Ausrichtung der lastenverteilungsberechtigten Subventionen
- Sporadische Überprüfungen von Betriebsrechnungen mit stark ansteigenden Aufwandüberschüssen von den 140 durch die Gemeinden finanzierten Fürsorgeinstitutionen
- Beratung der Gemeinden und Fürsorgeinstitutionen in Fragen des Rechnungswesens
- Erstellen der gesamten Lastenverteilungsabrechnung

2.4.2 Ergebnis der Lastenverteilung 1982

In Tabelle 3 sind die Fürsorgeaufwendungen von Staat und Gemeinden in sechs Gruppen gegliedert aufgezeigt. Daraus sind die Verteilung der Fürsorgeaufwendungen auf Staat und Gemeinden sowie die Abweichungen gegenüber der Lastenverteilung 1981 ersichtlich. (Bekanntlich liegen die Zahlen des Berichtsjahres erst Mitte Mai des Jahres 1984 vor.)

des foyers du 3^e âge comme en 1982), d'une valeur de 25,5 millions (18,9 millions) seront financés par l'intermédiaire de la répartition des charges des communes. Les frais admissibles à la répartition des charges se chiffrent à 20,1 millions (14,1). Quant aux 21 (25) autres projets, qui représentent 72,1 millions (23,5), ils seront subventionnés par des crédits d'un montant de 50 millions (7,1) par la Direction des œuvres sociales; 28,7 millions concernent uniquement la rénovation globale du home et foyer médicalisé oberlandais d'Utzigen, rénovation approuvée au cours de l'exercice par les électeurs.

Conformément à l'arrêté du Conseil-exécutif du 22 juin, les frais de terrain pour les foyers du 3^e âge ne seront admis à la répartition des charges, au titre de mesures d'économie de l'Etat, que jusqu'à la moitié des frais imputables. Le calcul du montant imputable a lieu en collaboration avec l'administration des domaines du canton de Berne.

2.3.9 Planification des institutions pour handicapés

Le projet de planification de mai de l'année dernière a été remanié sur la base des nombreuses prises de position engagées exprimées dans le cadre de la procédure de consultation. Une image positive ressort de l'appréciation des réponses. La planification a gagné en rigueur par la suppression des chiffres qui ne donnaient aucune vue d'ensemble. On a également réussi à placer la planification dans le cadre d'une politique globale des handicapés.

Il n'a pas été possible de concilier les propositions, vœux et requêtes en partie contradictoires. Divers objets n'ont pas été réalisés dans la période de planification pour des raisons financières (voir 1.1).

2.4 Service de révision

2.4.1 Généralités

Le Service de révision s'acquitte de tous les travaux relatifs au décompte de la répartition des charges, notamment de:

- l'examen des dépenses des œuvres sociales des 410 communes quant à leur admission à la répartition des charges, conformément aux dispositions légales
- l'examen et l'approbation du budget des 115 institutions sociales financées par l'Etat
- l'examen des comptes d'exploitation des 115 institutions sociales financées par l'Etat, de même que l'octroi des subventions admises à la répartition des charges
- des examens sporadiques des comptes d'exploitation présentant des dépenses excédentaires en forte augmentation des 140 institutions sociales financées par les communes
- l'information des communes et institutions sociales dans les questions de comptabilité
- l'établissement du décompte global de la répartition des charges.

2.4.2 Résultats de la répartition des charges 1982

Le tableau 3 renseigne sur les dépenses des œuvres sociales de l'Etat et des communes, selon six rubriques: il présente la répartition des dépenses de la prévoyance sociale entre l'Etat et les communes ainsi que les écarts comparativement à la répartition des charges de 1981 (les chiffres relatifs à 1983 ne seront disponibles qu'en mai 1984).

Tabelle 3 – Vergleich der Lastenverteilung 1981 und 1982, gestützt auf der «Grundlage über die Verteilung der Fürsorgeaufwendungen vom 29. April»

Tableau 3 – Parallèle entre la répartition des charges 1981 et 1982 selon les «bases du calcul du 29 avril»

Kostenstellen	Gemeinden Communes		+ od. / Fr. + ou / %		Staat Etat 1981	+ od. / Fr. + ou / %		Total 1981	Total 1982	+ od. / Fr. + ou / %		Centres de charges
	1981	1982				1982						
Fürsorge	21 914 260	26 442 167	+ 4 527 907	+ 21%	3 309 027	4 552 434	+ 1 243 507	25 223 287	30 994 601	+ 5 771 314	+ 23%	Assistance publique
Zuschüsse	5 981 215	5 971 113	- 10 102	- 0%				5 981 215	5 971 113	- 10 102	- 0%	Allocations spéciales
Wohnfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen	34 451 868	42 585 024	+ 8 133 156	+ 23%	6 044 329	7 021 174	+ 976 845	40 496 197	49 606 198	+ 9 110 001	+ 22%	Institutions de prévoyance
Fürsorgeheime	37 101 414	42 847 497	+ 5 746 083	+ 15%	45 934 131	46 270 559	+ 336 428	83 035 545	89 118 056	+ 6 082 511	+ 7%	Foyers, hospices
Personalkosten	8 681 381	10 938 771	+ 2 257 390	+ 26%	3 495 744	3 545 918	+ 50 174	12 177 125	14 484 689	+ 2 307 564	+ 19%	Frais de personnel
Inkassohilfe/ Bevorschussung	2 548 656	3 926 130	+ 1 377 474	+ 54%				2 548 656	3 926 130	+ 1 377 474	+ 54%	Aide à l'encaisse- ment et verse- ment provisionnel
Total	110 678 794	132 710 702	+ 22 031 908	+ 20%	58 783 231	61 390 085	+ 2 606 854	169 462 025	194 100 787	+ 24 638 762	+ 14%	Total
Gesamtsumme								169 462 025	194 100 787	+ 24 638 762	+ 14%	Somme totale
Anteil Staat 6/10								- 101 677 215	- 116 460 472	+ 14 783 257	+ 14%	Part de l'Etat 6/10
Anteil Gemeinden 4/10								67 784 810	77 640 315	+ 9 855 505	+ 14%	Parts des communes 4/10
Kopfbeiträge								-	6 516 050	-	-	Contributions par tête de population
Restsumme								61 268 760	71 124 265	+ 9 855 505	+ 16%	Solde

Gemäss Dekret vom 9. September 1982 über die Verteilung der Aufwendungen für das Fürsorgewesen III. Abschnitt, wurden die Aufwendungen pro 1982 der Gemeinden unkorrigiert der Lastenverteilung zugeführt. Die Korrekturen pro 1982 werden in der Lastenverteilungsabrechnung über das Berichtsjahr enthalten sein. Nach den Erfahrungen der Vorjahre dürften die lastenverteilungsberechtigten Kosten per Saldo vier bis fünf Millionen Franken niedriger ausfallen.

2.4.2.1 Begründungen zu den Abweichungen der Fürsorgeaufwendungen gegenüber der Lastenverteilung 1981

Fürsorge (siehe Tabelle 6)
(Gesetz vom 3.12.1961 über das Fürsorgewesen, Art. 64–72)

Gemeinden

Die Nettounterstützungsausgaben der Gemeinden betragen 26,4 Millionen Franken. Gegenüber 1981 haben sie um 4,5 Millionen Franken oder 21 Prozent zugenommen. Die Anzahl unterstützte Personen ist um 674 oder sechs Prozent gestiegen. Pro unterstützte Person betragen die Nettounterstützungsausgaben 1890,75 Franken. Dies bedeutet eine Erhöhung um 262,15 Franken oder sechzehn Prozent pro Person gegenüber 1981. Einerseits ist diese Erhöhung auf die zunehmende Arbeitslosigkeit zurückzuführen, andererseits zeichnet sich eine Verlagerung der Unterstützungsfälle ab. Vermehrt werden an Stelle von Rentnern junge Leute mit Familien unterstützt.

Staat

Der Staat leistet 4,5 Millionen Franken Nettounterstützungsausgaben. Dies sind 1,2 Millionen Franken oder 38 Prozent mehr als 1981. Pro unterstützte Person macht dies 1283,30 Franken aus. Die Erhöhung gegenüber 1981 beträgt 217,65 Franken oder 20 Prozent. Die Anzahl unterstützter Personen hat um 130 oder 4 Prozent abgenommen. Die sehr kosten- und betreuungsintensiven Heimkehrerfälle haben zugenommen, wogegen die Anzahl unterstützte Personen in andern Kantonen rückläufig ist, weil die Zahlungspflicht des Kantons Bern weggefallen ist.

Zuschüsse für minderbemittelte Personen
(Dekret vom 16. 2. 1971/17. 11. 1976/15. 11. 1977 sowie Regierungsratsbeschluss vom 25. 11. 1981).

Zuschüsse werden nur von den Wohnsitzgemeinden ausgerichtet. Sie betragen 5,9 Millionen Franken wie im Vorjahr. Die Zuschussbezüger haben um 84 Personen bzw. zwei Prozent abgenommen. Die Nettoausgaben pro Zuschussbezüger betragen 1390,60 Franken. Gegenüber 1981 sind sie um 24,40 Franken oder zwei Prozent gestiegen. Dank den Rentenerhöhungen ab 1. Januar 1982 konnten diese Ausgabenerhöhungen unter der Teuerung gehalten werden.

Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen

(Verordnung vom 29. 6. 1962 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen)

Gemeinden

Hier erbrachten die Gemeinden Beiträge von 42,6 Millionen Franken. Dies sind 8,1 Millionen Franken oder 24 Prozent mehr als im Vorjahr.

Diese starke Aufwandsteigerung wurde hauptsächlich verursacht durch Teuerung und Einnahmeneinbussen wegen Rezession.

Conformément au décret du 9 septembre 1982 sur la répartition des charges pour les œuvres sociales, chapitre III, les dépenses des communes pour 1982 ont été incorporées non corrigées à la répartition des charges: les corrections pour 1982 seront prises en considération dans les comptes de la répartition des charges pour l'année 1983. D'après les expériences faites les années précédentes, les dépenses admises à la répartition des charges devraient être inférieures de quatre à cinq millions de francs.

2.4.2.1 Justification des écarts enregistrés dans les dépenses de la prévoyance sociale par rapport à la répartition des charges de 1981

Assistance (voir tabl. 6)
(Loi du 3 décembre 1961 sur les œuvres sociales, articles 64 à 72)

Communes

Les dépenses nettes d'assistance des communes se sont élevées à 26,4 millions de francs, soit 4,5 millions ou 21 pour cent de plus qu'en 1981. Le nombre des personnes assistées a augmenté de 674 ou de six pour cent. Les dépenses nettes d'assistance par personne ont atteint 1890 francs 75, soit une augmentation de 262 francs 15 ou de 16 pour cent par personne comparativement à 1981. Cet accroissement résulte d'une part de l'augmentation du chômage et d'autre part d'un transfert des cas d'assistance. De plus en plus de jeunes personnes avec enfants bénéficient de l'assistance en lieu et place des retraités.

Etat

Les dépenses nettes de l'Etat en frais d'assistance se sont montées à 4,5 millions de francs, soit 1,2 millions ou 38 pour cent de plus qu'en 1981. Les dépenses nettes par personne ont atteint 1283 francs 30, montant supérieur de 217 francs 65 ou de 20 pour cent. Le nombre des personnes assistées a diminué de 130 ou de 4 pour cent. Les cas de rapatriement très coûteux et nécessitant un encadrement intensif ont augmenté, alors que le nombre des personnes assistées dans d'autres cantons est en diminution en raison de la suppression de l'obligation de payer du canton de Berne.

Allocations spéciales en faveur des personnes de condition modeste

(Décret du 16. 2. 1971/17. 11. 1976/15. 11. 1977 et arrêté du Conseil-exécutif du 25. 11. 1981)

Les allocations spéciales ne sont versées que par les communes de domicile. Leur montant a atteint 5,9 millions comme en 1981, le nombre des bénéficiaires a diminué de 84 personnes ou de deux pour cent et les dépenses nettes par destinataire ont atteint 1390 francs 60, soit 24 francs 40 ou deux pour cent de plus qu'en 1981. Grâce aux augmentations des rentes à partir du 1^{er} janvier 1982, l'accroissement des dépenses a pu être maintenu au-dessous du renchérissement.

Institutions spéciales de prévoyance et d'aide sociale

(Ordonnance du 29 juin 1962 concernant les prestations de l'Etat et des communes à des institutions particulières de prévoyance)

Communes

Le montant des subventions communales s'est élevé à 42,6 millions de francs, soit 8,1 millions ou 24 pour cent de plus qu'en 1981.

Cette forte augmentation des dépenses est due principalement au renchérissement et aux pertes de recettes consécutives à la récession.

Staat

Der Staat leistete Beiträge von 7,0 Millionen Franken. Gegenüber 1981 bedeutet dies Mehrausgaben von 1,0 Millionen Franken oder 16 Prozent. Diese sind einerseits auf die teuerungsbedingten Ausgaben zurückzuführen und andererseits auf die ab 1. Januar 1982 neu subventionierten vier Vorsorgestellen und die Frauenzentrale Bern.

Fürsorgeheime

(Dekret vom 17. 9. 1968 über die Einrichtungs- sowie Betriebsbeiträge für 249 bernische Fürsorgeinstitutionen und 63 ausserkantonale Heime (für Berner in Heimen ausserhalb des Kantons Bern).

Gemeinden

Die Gemeinden finanzierten Heime, welche eine örtliche und/oder überörtliche Aufgabe erfüllen. Es handelt sich hier vorwiegend um Alters- und Leichtpflegeheime gemäss der Altersheimplanung.

Die Gemeinden haben Beiträge von 42,8 Millionen Franken geleistet. Die Erhöhung gegenüber 1981 betrug 5,7 Millionen Franken oder 15 Prozent. Nebst der Auswirkung der Teuerung ist dieser Anstieg auf die Projektierung und Eröffnung neuer Altersheime zurückzuführen.

Staat

Hier leistet der Staat Beiträge von 46,3 Millionen Franken. Gegenüber 1981 bedeutet dies eine Erhöhung um 0,3 Millionen Franken oder ein Prozent. Der Staatsrechnung wurden 8,0 Millionen Franken weniger Baubeiträge belastet als im Vorjahr. Dagegen wurden insgesamt 8,3 Millionen Franken mehr Betriebsbeiträge ausgerichtet. Einerseits erfolgte diese Erhöhung teuerungsbedingt und andererseits wurden neu Grossheime und einige Institutionen für Behinderte subventioniert.

Personalkosten

(Verordnung vom 29. 7. 1966 über die Förderung der Ausbildung von Sozialarbeitern und Verordnung vom 27. 3. 1974 über die Zulassung von Besoldungskosten für Sozialarbeiter zur Lastenverteilung)

Gemeinden

Die Ausgaben für Besoldungen und Weiterbildung der Sozialarbeiter der Gemeinden betragen 10,9 Millionen Franken. Hier ergab sich eine Erhöhung um 2,2 Millionen Franken oder 26 Prozent gegenüber 1981. Dieser Ausgabenanstieg ist vorwiegend auf die Lohnsteigerung und neue Sozialarbeiterstellen zurückzuführen.

Staat

Die Ausgaben des Staates für Besoldungen und Weiterbildung der Sozialarbeiter der Polizei- und Justizdirektion sowie die Beiträge an die Sozialarbeiter- und die Hauspflegerinnenschulen betragen 3,5 Millionen Franken. Sie bewegen sich im gleichen Rahmen wie 1981.

Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsarbeiten für Kinder

(Gesetz vom 6. 2. 1980 und Verordnung vom 10. 9. 1980 über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder)

Das obenerwähnte Gesetz trat am 1. Januar 1981 in Kraft. Es sind ausschliesslich die Gemeinden, welche hier Leistungen zu erbringen haben.

Die gesamten Bevorschussungen pro 1982 von Unterhaltsbeiträgen für Kinder, welche 1982 von den Gemeinden nicht ein-

Etat

Sept millions de francs, tel est le montant des subventions de l'Etat. Par rapport à 1981, il s'agit d'un excédent de dépenses de 1,0 million ou de 16 pour cent. Il faut en imputer la raison d'une part aux dépenses entraînées par le renchérissement, d'autre part aux quatre centres de prévention subventionnés depuis le 1^{er} janvier 1982 de même qu'à la «Frauenzentrale» de Berne (organisation féminine d'aide et d'information).

Foyers à but social

(Dekret du 17 septembre 1968 concernant les dépenses de l'Etat et des communes pour les foyers, hospices et asiles) Ce groupe comprend les contributions à la construction, à l'aménagement et à l'exploitation de 249 foyers bernois à but social et de 63 foyers extracantonaux (pour Bernois en foyers hors du canton de Berne).

Communes

Elles financent les foyers assurant une mission locale ou supra-locale. Il est question ici notamment de foyers du 3^e âge et de foyers médicalisés dispensant des soins légers, conformément à la planification des foyers pour personnes âgées. La contribution des communes s'est élevée à 42,8 millions de francs, soit 5,7 millions ou 15 pour cent de plus qu'en 1981. Cette augmentation est imputable à l'établissement des projets et à l'ouverture de nouveaux foyers pour personnes âgées, sans parler des effets du renchérissement.

Etat

Dans ce secteur, l'Etat a contribué pour 46,3 millions de francs, soit un montant supérieur de 3,0 millions ou un pour cent. Les subventions à la construction imputables au compte de l'Etat ont diminué de 8,0 millions de francs par rapport à 1981. En revanche, les subventions à l'exploitation se sont accrues de 8,3 millions de francs. Cette augmentation est due au renchérissement ainsi qu'au subventionnement nouveau de foyers d'une certaine importance et de quelques institutions pour handicapés.

Frais de personnel

(Ordonnance du 28 juillet 1966 concernant l'encouragement à la formation des travailleurs sociaux et ordonnance du 27 mars 1974 concernant l'admission des frais de traitements des travailleurs sociaux à la répartition des charges)

Communes

Les dépenses en traitements et formation continue des assistants sociaux des communes se sont élevées à 10,9 millions de francs, accusant une augmentation de 2,2 millions de francs ou 26 pour cent par rapport à 1981. Cette augmentation des dépenses doit être attribuée notamment au renchérissement des salaires et à de nouveaux emplois d'assistants sociaux.

Etat

Les dépenses de l'Etat en frais de traitements et de formation continue des assistants sociaux des Directions de la police et de la justice et en subventions aux écoles sociales et d'aides familiales ont atteint 3,5 millions de francs. Elles se situent ainsi dans le même cadre qu'en 1981.

Aide à l'encaissement et avance de contributions d'entretien pour enfants

(Loi du 6 février 1980 et ordonnance du 10 septembre 1980 sur l'aide à l'encaissement et le versement provisionnel de contributions d'entretien pour enfants)

La loi précitée est entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1981. Ce genre de prestations incombe uniquement aux communes.

Les avances totales de contributions d'entretien pour enfants qui, pour 1982, n'ont pu être fournies par les communes, portaient sur 3,9 millions de francs. Ce montant accuse une aug-

gebracht werden konnten, betragen 3,9 Millionen Franken. Die Erhöhung beträgt 1,3 Millionen Franken oder 54 Prozent. Bis sich die Einführung dieses neuen Gesetzes überall eingeleitet hat, ist mit grösseren Steigerungen zu rechnen.

Total Fürsorgeaufwendungen

Insgesamt erbrachten Staat und Gemeinden 194 Millionen Franken Fürsorgeaufwendungen. Gegenüber 1981 betragen die Mehrausgaben 24,6 Millionen Franken oder 14 Prozent. Drei bis vier Prozent dieser Ausgabenerhöhungen sind auf Aufnahme der unkorrigierten Aufwendungen zurückzuführen, ca. sechs Prozent sind teuerungsbedingt und ca. vier Prozent fallen auf neue Aufgaben.

2.4.3 Revisionsergebnisse

Wie bereits erwähnt, erfolgen die Korrekturen aus den Prüfungen der Gemeindefürsorgerechnungen pro 1982 erst in der Lastenverteilungsabrechnung für das Berichtsjahr (Ende April 1984).

Die Buchprüfungen und Subventionsabrechnungen mit den 115 Fürsorgeinstitutionen führten zu Bereinigungen von insgesamt 419 387,55 Franken. Bei den Rechnungs- und Budgetprüfungen dieser Institutionen wurde das Schwergewicht auf die Anpassung der IV-Tarife sowie die Verrechnung der Restdefizite Ausserkantonaler gelegt. Daraus werden Mehreinnahmen von mindestens 2,0 Millionen Franken resultieren.

3. Parlamentarische Vorlagen

Keine

4. Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

4.1 Abschreibungen erfüllter Motionen und Postulate

4.1.1 *Motion Zwyygart* vom 13. September betreffend Verbesserung der Antabusbehandlung. Die Motion wurde als Postulat erheblich erklärt.

Begründung: Die Entgegennahme als Postulat erfolgte, weil die Forderung nach einer Verbesserung der Antabusbehandlung von Alkoholikern am Institut für klinische Pharmakologie gesichert ist. Damit ist das Hauptanliegen des Motionärs erfüllt. Aus personellen und finanziellen Erwägungen kann aber der Wunsch nach einem Ausbau der Behandlung unter Mitwirkung der psychiatrischen Poliklinik auf längere Sicht nicht erfüllt werden. Die Regierung wird aber die Angelegenheit im Auge behalten und den Ausbau im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu verwirklichen versuchen.

4.1.2 *Postulat Baumann* vom 8. September 1981 betreffend Beiträge für Hauspflege

Begründung: Der hohe Stand im Ausbau der Gemeindekranken- und der Hauspflege sowie der Haushilfe in den bernischen Gemeinden, wie auch die Möglichkeit, gezielte finanzielle Hilfe durch Zuschüsse zu gewähren, ferner die Bundesbeiträge aus

mentation de 1,3 millions de francs ou 54 pour cent. Il faudra compter avec des augmentations encore plus importantes jusqu'à ce que l'introduction de la nouvelle loi ait déployé tous ses effets.

Total des dépenses d'assistance

L'Etat et les communes ont engagé au total 194 millions de francs de dépenses d'assistance, soit un excédent de 24,6 millions ou de 14 pour cent comparativement à 1981: trois à quatre pour cent de ces augmentations sont imputables à l'enregistrement des dépenses non corrigées, environ six pour cent au renchérissement et environ quatre pour cent à de nouvelles tâches.

2.4.3 Résultats des révisions

Comme déjà mentionné, les corrections résultant des examens des comptes des œuvres sociales des communes pour 1982 ne seront prises en considération qu'au moment du décompte de la répartition des charges pour l'exercice (fin avril 1984).

Les examens des livres et décomptes des 115 institutions à but social ont abouti à des apurements pour une valeur de 419 387 francs 55 au total. Les examens des comptes et des budgets de ces institutions ont porté essentiellement sur l'adaptation des tarifs AI de même que sur la compensation de l'excédent des charges dues aux pensionnaires extracantonaux. Il en résultera des recettes supplémentaires d'un montant s'élevant au moins à 20 millions de francs.

3. Textes législatifs soumis au Parlement

Aucun.

4. Interventions parlementaires (Motionen und postulats)

4.1 Classement de motions et postulats réalisés

4.1.1 *Motion Zwyygart* du 13 septembre concernant l'amélioration du traitement à l'antabuse. La motion a été acceptée comme postulat.

Motif: La motion a été acceptée sous la forme d'un postulat parce que la demande relative à l'amélioration du traitement à l'antabuse des alcooliques est assurée à l'Institut de pharmacologie clinique. La demande du motionnaire est ainsi réalisée pour l'essentiel. Pour des raisons financières et de personnel, il n'a pas été possible de répondre au vœu de développer à long terme le traitement en faisant intervenir la policlinique psychiatrique. Le Gouvernement gardera toutefois l'affaire en vue et tentera de réaliser cette extension dans le cadre de ses possibilités.

4.1.2 *Postulat Baumann* du 8 septembre 1981 concernant les contributions pour soins à domicile

Motif: Le niveau atteint par les communes bernoises dans l'organisation des soins aux malades, l'aide familiale et l'aide ménagère, la possibilité d'accorder des aides financières ponctuelles par des contributions spéciales et les subventions

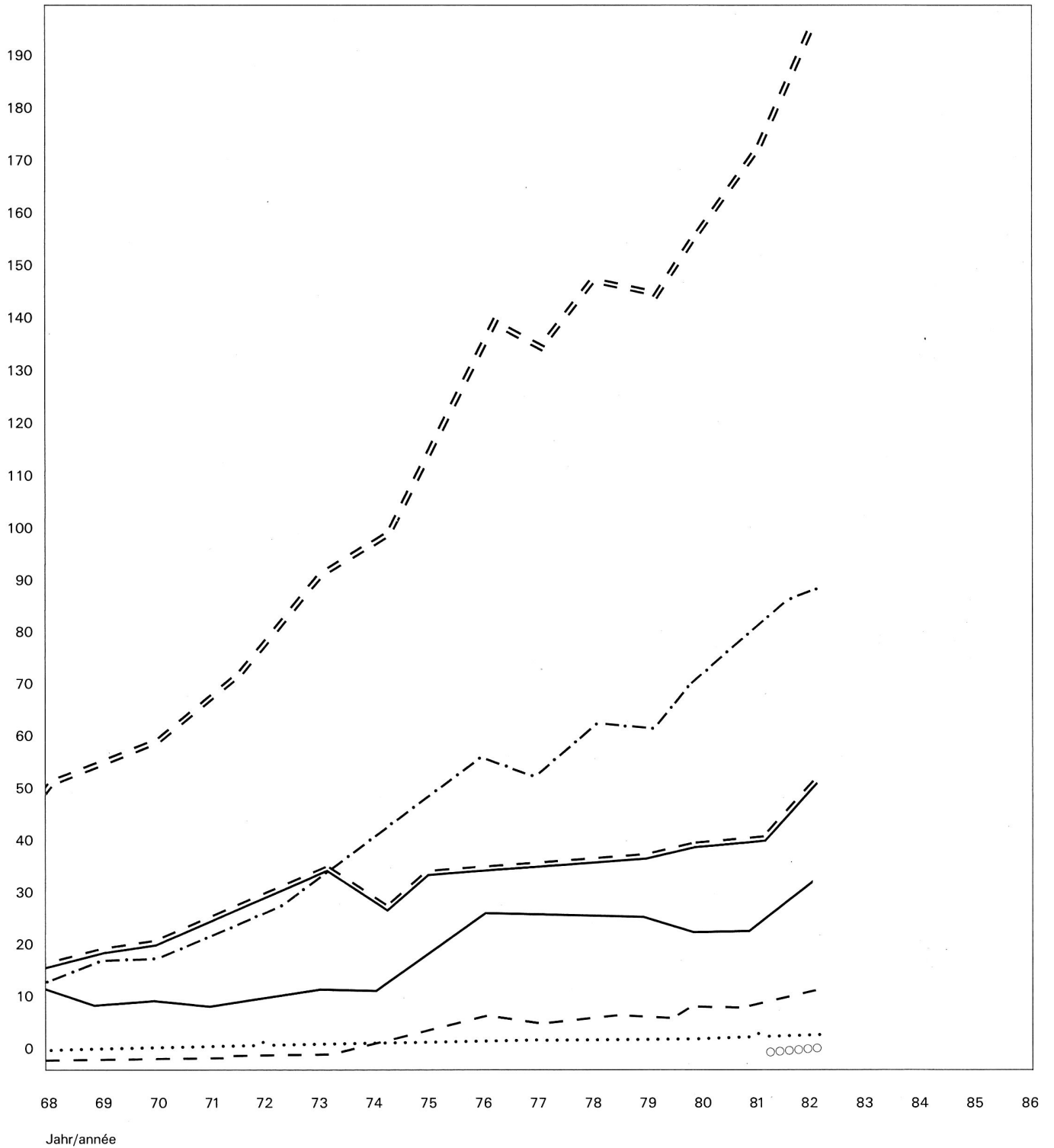
Tabelle 4 – Entwicklung der gesamten Fürsorgeaufwendungen ab 1. Januar 1968

Tableau 4 – Evolution de l'ensemble des dépenses des œuvres sociales depuis le 1^{er} janvier 1968

- == == == == Total Fürsorgeaufwendungen Staat und Gemeinden
- . - . - . - . - . Fürsorgeheime
- == == == == Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen
- — — — — Fürsorge
- - - - - Personalkosten
- Zuschüsse
- o o o o o o o o o o Alimentenbevorschussung

- Total des dépenses des œuvres sociales: Etat et communes
- Foyers, hospices, asiles
- Institutions spéciales de prévoyance et d'aide sociale
- Prévoyance sociale
- Frais de personnel
- Allocations spéciales
- Avances pour pensions alimentaires

Fr. in/en Mio.



AHV-Mitteln an private Institutionen der Altershilfe, kommen dem Anliegen des Postulanten so weit entgegen, dass die Schaffung einer zusätzlichen Finanzierungsart für die Hauspflege sich nicht aufdrängt. Zudem lassen es die vom Grossen Rat geforderten Sparmassnahmen zur Entlastung der Lastenverteilung nicht zu, zusätzliche Beiträge in Millionenhöhe bereitzustellen.

4.1.3 *Postulat Dysli* vom 14. Februar betreffend asylsuchende Flüchtlinge

Begründung: Der Kanton hat durch einen Aufruf an über 100 bernische Gemeinden und durch aktive Mithilfe bei der Suche und Vermittlung von Liegenschaften zur Unterbringung von Asylbewerbern zu der vom Postulanten gewünschten Hilfe zur Entschärfung des Asylantenproblems in der Stadt Bern beigetragen.

4.1.4 *Postulat Ritschard* vom 31. August betreffend Erstellung von Pflegeheimplätzen im Oberland

Begründung: Die vom Postulanten verlangte mittel- bis längerfristige Planung von Pflegeheimplätzen im Oberland ist zum Teil bereits in die Wege geleitet.

4.2 **Überwiesene, aber noch nicht vollzogene Motionen und Postulate**

Motion Scherrer vom 22. November 1979 betreffend dringende Massnahmen zur Drogenbekämpfung und gezielte Behandlung des Drogenproblems.

Der Erlass der Betäubungsmittel-Verordnung verzögert sich aus den unter Ziffer 2.1.6 des vorliegenden Berichtes erwähnten Gründen.

Bern, den 26. März 1984

Der Fürsorgedirektor: *Meyer*

Vom Regierungsrat genehmigt am 2. Mai 1984

Anhang:

Die beiden Tabellen im Anhang können nicht in den Text einbezogen werden. Wie in Tabelle 3 sind auch in Tabelle 5 die Zahlen nur bis zum Jahre 1982 enthalten, weil diejenigen für das Berichtsjahr erst Mitte 1984 zur Verfügung stehen.

provenant de l'AVS à des institutions privées du 3^e âge concourent si bien aux objectifs visés par l'auteur du postulat que la nécessité de créer une nouvelle forme de financement ne s'impose pas. En outre, les mesures d'économie demandées par le Grand Conseil pour alléger la répartition des charges ne permettent pas la mise à disposition de contributions supplémentaires se chiffrant à des millions.

4.1.3 *Postulat Dysli* du 14 février concernant les requérants d'asile

Motif: En faisant appel à plus de 100 communes bernoises et en collaborant activement à la recherche d'immeubles, le canton a fourni l'aide souhaitée par l'auteur du postulat en vue d'atténuer la situation des requérants d'asile en Ville de Berne

4.1.4 *Postulat Ritschard* du 31 août concernant la création de places dans les foyers médicalisés de l'Oberland

Motif: La planification de moyen à long terme des places en foyers médicalisés dans l'Oberland telle que demandée par l'auteur du postulat est déjà en partie engagée.

4.2 **Motions et postulats acceptés, mais encore en suspens**

Motion Scherrer du 22 novembre 1979 concernant les mesures urgentes pour lutter contre la drogue et affronter efficacement le problème de la drogue

La publication de l'ordonnance sur les stupéfiants est retardée pour les raisons mentionnées sous le chiffre 2.1.6 du présent rapport.

Berne, le 26 mars 1984

Le directeur des Œuvres sociales: *Meyer*

Approuvé par le Conseil-exécutif le 2 mai 1984

Appendice:

Les deux tableaux en fin de rapport ne peuvent pas être incorporés dans le texte. Comme le tableau 3, le tableau 5 ne comprend que les chiffres jusqu'à 1982: ceux de 1983 ne seront disponibles qu'à partir du milieu de l'année 1984.

Tabelle 5 – Statistik der bernischen Fürsorge für das Jahr 1982

Tableau 5 – Statistique de l'assistance publique bernoise pour l'année 1982

Jahr Année	Bürgerliche Fürsorge Assistance bourgeoise	Örtliche Fürsorge Assistance municipale	Staatliche Fürsorge (Auswärtige und Heim- gekehrte) Etat (Assistance extérieure et Bernois rentrés au pays)	Total Total	Bürger- gemeinden Assistance bourgeoise	Einwohner- und gemischte Gemeinden Assistance municipale	Staat (Auswärtige Fürsorge und Staats- beiträge) Etat (Assistance extérieure et sub- sides de l'Etat)	Total (Netto-)Auf- wendungen des Kantons Bern Total des dépenses (nettes) du canton de Berne
	Fälle Cas	Fälle Cas	Fälle Cas		a) Fr.	b) Fr.	c) Fr.	Fr.
1900	1833	27 420	3 189	32 442	454 671	827 808	1 824 471	3 106 950
1914	1596	26 740	(keine Angaben)		487 772	1 451 584	2 948 251	4 887 607
1918	1546	26 290	(pas d'indications)		671 189	2 119 441	4 009 351	6 799 981
1938	1076	37 842	18 389	57 307	572 112	4 950 200	11 274 716	16 797 028
1940	970	31 772	14 456	47 198	512 310	4 284 329	10 652 710	15 449 349
1941	887	30 525	13 504	44 916	523 979	4 348 771	10 045 608	14 918 358
1942	867	27 290	13 089	41 246	526 991	4 432 789	10 418 210	15 377 990
1943	791	23 519	11 627	35 937	529 197	4 291 046	10 086 039	14 906 282
1944	751	22 859	11 642	35 252	522 834	4 311 984	10 484 858	15 319 676
1945	708	22 834	11 948	35 490	495 408	4 750 993	10 732 801	15 979 202
1946	638	22 504	10 731	33 873	443 437	4 302 239	10 066 871	14 812 547
1947	609	22 710	10 137	33 456	426 940	4 532 332	10 474 714	15 433 986
1948	581	21 632	9 924	32 137	442 878	4 926 128	11 522 367	16 891 373
1949	551	21 882	11 303	33 736	450 444	5 456 349	13 675 244	19 582 037
1950	582	22 509	11 791	34 882	440 174	5 794 651	14 845 899	21 080 724
1951	569	21 669	12 148	34 386	431 669	5 532 761	14 847 205	20 811 635
1952	525	21 199	11 082	32 806	408 341	5 724 123	15 577 907	21 710 371
1953	563	20 822	11 110	32 495	410 184	5 990 690	16 196 266	22 597 140
1954	527	20 496	11 397	32 420	415 819	7 016 822	17 704 293	25 136 934
1955	510	20 348	10 700	31 558	427 022	7 320 891	18 498 549	26 246 462
1956	498	19 571	10 845	30 914	424 764	7 812 345	20 373 386	28 610 495
1957	497	18 723	10 822	30 042	427 919	7 931 831	20 686 682	29 054 329
1958	499	17 926	10 312	28 737	391 313	7 985 481	22 686 578	31 063 372
1959	485	17 353	10 247	28 085	380 069	8 900 557	21 579 942	30 860 568
1960	447	16 794	10 030	27 271	360 539	7 999 132	19 371 436	27 731 107
1961	435	16 206	9 453	26 094	326 824	6 819 495	17 918 147	25 064 466
1961	435	16 206	9 453	26 094	325 624 ¹	7 608 772 ²	6 101 005 ³	14 035 401 ⁴
1962	364	14 976	9 301	24 641	367 968 ¹	9 130 002 ²	6 709 652 ³	16 207 622 ⁴
1963	344	14 009	9 071	23 424	336 786 ¹	10 431 289 ²	5 824 505 ³	16 592 580 ⁴
1964	344	12 642	8 955	21 941	295 311 ¹	10 296 461 ²	6 883 078 ³	17 474 850 ⁴
1965	290	12 232	8 367	20 889	312 370 ¹	9 954 150 ²	6 992 737 ³	17 259 257 ⁴
1966	284	11 656	7 592	19 532	302 636 ¹	11 136 540 ²	5 682 679 ³	17 121 855 ⁴
1967	246	11 015	6 560	17 821	234 383 ¹	4 515 319 ²	3 656 077 ³	8 405 779 ⁴
1968	255	10 806	5 960	17 021	291 710 ¹	8 613 303 ²	4 811 881 ³	13 716 894 ⁴
1969	251	10 385	6 141	16 777	280 292 ¹	5 334 800 ²	4 464 475 ³	10 079 567 ⁴
1970	256	10 134	6 191	16 581	306 973 ¹	6 544 107 ²	4 407 354 ³	11 258 434 ⁴
1971	231	9 516	5 987	15 734	347 011 ¹	5 868 068 ²	4 046 432 ³	10 261 511 ⁴
1972	235	9 005	5 874	15 114	400 727 ¹	7 274 953 ²	4 315 721 ³	11 991 401 ⁴
1973	218	8 303	5 504	14 025	413 372 ¹	8 204 973 ²	4 592 736 ³	13 211 081 ⁴
1974	230	8 095	5 258	13 583	447 832 ¹	7 330 815 ²	4 030 027 ³	11 808 674 ⁴
1975	213	8 649	5 105	13 972	517 369 ¹	12 120 109 ²	5 922 344 ³	18 559 761 ⁴
1976	231	9 335	5 421	14 987	446 919 ¹	16 462 767 ²	7 301 563 ³	24 211 249 ⁴
1977	220	8 426	5 584	14 230	500 189 ¹	15 642 933 ²	7 933 446 ³	24 076 568 ⁴
1978	227	8 376	5 900	14 503	489 982 ¹	15 472 786 ²	7 866 369 ³	23 829 137 ⁴
1979	212	8 640	5 220	14 072	485 204	17 254 081	5 188 740	22 928 025
1980	203	8 461	2 887	11 551	422 366	18 330 331	3 477 560	22 230 257
1981	202	8 502	2 170	10 874	508 202	19 836 087	2 829 957	23 174 246
1982	195	8 932	2 187	11 314	582 003	24 303 501	4 319 535	29 205 039

Erläuterungen:

- ad a) Diese Kolonne umfasst die Reinausgaben der bürgerlichen Fürsorge (nach Abzug der eingezogenen Verwandtenbeiträge und Rückerstattungen). – Keine Staatsbeiträge.
- ad b) Diese Kolonne gibt die reinen Zuschüsse an, welche aus den Mitteln der laufenden Gemeindeverwaltung an die Fürsorge und an besondere Fürsorgeeinrichtungen (Notstandsfürsorge ab 1954 inbegriffen) gewährt wurden, d. h. nach Abzug aller gesetzlichen Einnahmen, wie Bürgerergutsbeiträge, Armengutsertrag, Verwandtenbeiträge, Rückerstattungen und Beiträge des Staates. – Nicht staatsbeitragsberechtigte Aufwendungen der Gemeinden zu gemeinnützigen Zwecken fehlen in dieser Aufstellung.
- ad c) Diese Kolonne gibt die reinen Staatsausgaben für auswärtige und örtliche Fürsorge und für besondere Fürsorgeeinrichtungen an. In den Zahlen sind nicht enthalten: die Verwaltungskosten, die Aufwendungen des Kantons für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenfürsorge, die Notstandsfürsorge (bis und mit 1953) sowie die Ausgaben aus Fonds zu besonderen Zwecken.

¹ Ohne Aufwendungen für besondere Fürsorgeeinrichtungen.² Vor Abzug der Staatsbeiträge und ohne Aufwendungen für besondere Fürsorgeeinrichtungen.³ Ohne Staatsbeiträge an Gemeinden, Anstalten usw.⁴ Nur Unterstützungsausgaben.

Explications:

- ad a) Cette colonne comprend les dépenses nettes de l'assistance bourgeoise, après déduction des contributions de parents et des restitutions. Pas de subsides de l'Etat.
- ad b) Cette colonne indique les allocations particulières nettes en faveur de l'assistance publique et d'œuvres sociales particulières (y compris l'aide aux personnes à ressources modiques dès 1954), provenant des ressources d'administration courante des communes, déduction faite de toutes les ressources légales telles que: contribution des biens de bourgeoisie, produit du fonds des pauvres, contributions de parents, restitutions et subventions de l'Etat. Les dépenses des communes à des fins sociales ne donnant pas droit au subsides cantonal ne figurent pas dans ce relevé.
- ad c) Cette colonne indique les frais nets de l'Etat pour l'assistance extérieure et l'assistance municipale et des institutions sociales. Ne sont pas compris: les frais d'administration, les dépenses du canton pour l'aide aux vieillards, aux survivants et aux invalides, l'aide aux personnes à ressources modiques, jusqu'à fin 1953, ainsi que les dépenses provenant de fonds à destination spéciale.

¹ Sans les dépenses pour institutions sociales spéciales.² Avant la déduction des subsides de l'Etat et sans les dépenses pour institutions sociales spéciales.³ Sans les subsides de l'Etat aux communes, aux établissements entre autres.⁴ Exclusivement les dépenses pour des secours.

Tabelle 6 – Zahl der Unterstützungsfälle und der unterstützten Personen nach Heimatzugehörigkeit sowie Gesamt- und Nettoaufwendungen

Tableau 6 – Cas d'assistance et personnes assistées, groupés d'après l'origine; dépenses totales et dépenses nettes

Heimatzugehörigkeit	1981			1982			Origine	
	Fälle Cas	Personen Personnes	Netto- aufwen- dungen Dépenses nettes Fr.	Fälle Cas	Personen Personnes	Gesamt- aufwendungen Dépenses totales Fr.		Netto- aufwen- dungen Dépenses nettes Fr.
1. Berner Einwohner- und gemischte Gemeinden Bürgergemeinden	5 234 202	7 407 219	12 976 150 508 202	5 509 195	7 615 235	38 928 667 974 357	14 836 361 582 003	1. Bernois Communes municipales et mixtes Communes bourgeoises Etat: Bernois revenus dans leur canton Bernois dans d'autres cantons Bernois à l'étranger
Staat: Heimkehrer Berner in andern Kantonen Berner im Ausland	192 1 907 90	194 3 168 114	396 130 2 760 964 570 372	114 1 952 93	122 3 102 114	1 467 305 5 228 724 899 604	222 004 3 373 750 725 445	
	7 625	11 102	17 211 818	7 863	11 188	47 498 657	19 739 563	
2. Angehörige anderer Kantone (ZUG)								2. Ressortissants d'autres cantons LFA
Aargau	386	418	571 682	373	452	1 865 721	701 098	Argovie
Appenzell A.-Rh.	36	58	34 949	34	50	124 738	51 415	Appenzell Rh.-Ext.
Appenzell I.-Rh.	11	12	14 996	14	24	59 672	36 135	Appenzell Rh.-Int.
Basel-Land	67	91	123 346	53	86	299 901	130 552	Bâle-Campagne
Basel-Stadt	34	41	86 822	40	63	280 856	78 584	Bâle-Ville
Freiburg	265	259	507 261	227	334	1 583 514	745 826	Fribourg
Genf	5	7	9 148	5	8	41 674	18 124	Genève
Glarus	15	22	34 312	15	27	124 230	48 699	Glaris
Graubünden	80	124	159 922	95	145	464 818	229 823	Grisons
Jura	119	202	284 756	135	201	1 102 086	416 973	Jura
Luzern	160	198	256 185	144	192	659 020	263 064	Lucerne
Neuenburg	58	82	156 772	58	90	531 869	276 579	Neuchâtel
Nidwalden	15	26	32 006	10	18	57 817	17 473	Nidwald
Obwalden	10	24	40 048	13	21	86 308	33 789	Obwald
Solothurn	274	335	525 999	224	355	1 328 535	687 786	Soleure
Schaffhausen	17	29	60 315	26	37	159 075	61 861	Schaffhouse
Schwyz	47	75	102 616	68	104	362 177	187 516	Schwytz
St. Gallen	116	177	194 133	141	203	692 526	331 356	St-Gall
Tessin	53	84	219 184	71	91	475 301	245 480	Tessin
Thurgau	67	108	203 797	90	132	460 590	266 565	Thurgovie
Uri	12	26	37 516	12	25	72 129	51 467	Uri
Waadt	72	93	195 174	90	115	484 410	268 084	Vaud
Wallis	58	99	135 706	71	121	480 591	224 192	Valais
Zug	11	16	46 471	20	26	124 685	66 545	Zoug
Zürich	261	297	385 902	229	325	1 029 615	544 578	Zurich
	2 249	2 903	4 419 018	2 258	3 245	12 951 858	5 984 564	
3. Ausländer								3. Etrangers
Deutschland	105	144	16 848	117	184	693 309	61 385	Allemagne
Frankreich	65	88	50 749	59	80	320 922	84 585	France
Italien	638	1 010	1 375 414	454	874	2 512 547	1 689 781	Italie
Übrige	211	628	997 908	535	856	2 299 858	1 646 825	Autres pays
	1 019	1 870	2 440 919	1 165	1 994	5 826 636	3 482 576	
4. Staat: Kantonsfremde FÜG 74/2	20	20	- 2 036	28	28	39 098	- 1 664	4. Etat: étrangers au canton LOS 74/2
Gesamtaufwendungen für die einzelnen Fürsorgefälle	10 913	15 895	24 069 719	11 314	16 455	66 316 249	29 205 039	Dépenses totales pour les cas d'assistance

